



Umweltgewerkschaft

perspektive

Kreislaufwirtschaft

Magazin der Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin

Ausgabe Herbst 2021 — 2,00 € — www.umweltgewerkschaft.org



**Flutkatastrophe mit Ansage.
Solidarität mit den Betroffenen!**

Selbstverständnis

Das Magazin „Perspektive Kreislaufwirtschaft“ ist das Magazin der Umweltgewerkschaft. Es erscheint bisher einmal jährlich.

Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen. Um die Erde als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten, muss ihre rücksichtslose Ausplünderung beendet werden. Hauptverantwortlich für die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist die vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise.

Unsere Alternative ist eine weltweite Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien sowie eines verantwortungsvollen Konsums. Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur und die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird. Wir suchen die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit den bestehenden Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Wir unterstützen die Proteste für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheitsschützende Technologien und Produktionsweisen, gegen umweltzerstörende Großprojekte, gegen die krankmachenden Folgen des Verkehrs, der Vergiftung der Natur usw. Wir fördern den Zusammenschluss mit Umweltbewegungen weltweit.

Wir haben uns dem Internationalistischen Bündnis als Trägerorganisation angeschlossen, um gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und im Staatsapparat, gegen wachsende Ausbeutung,

Unterdrückung, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität zu kämpfen.

Die Redaktion des Magazins hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Leser*innen ein Bild zu vermitteln über Widerstand, Kämpfe und Erfolge für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt. Wir wünschen uns dafür die Unterstützung vieler Autor*innen aus der Umweltbewegung. Wir streben nach einer ausgewogenen Mischung aus wissenschaftlicher Expertise, praktischen Erfahrungen und umweltpolitischer Aktualität. Unsere Verbundenheit mit der Frauenbewegung und unser Ziel der Gleichstellung aller Geschlechter drücken wir auch dadurch aus, dass wir in den Texten der Redaktion alle Geschlechter erkennbar machen. Wir bitten auch unsere Autor*innen, mit Sternchen (*) zu gendern.

Kritik und Vorschläge zu allem, was Euch zum Magazin bewegt, sind willkommen.



Inhalt

in dieser Ausgabe

Editorial	3
Das Profitsystem zerstört unseren Planeten Erde	4
Die Kippunkte des Erd-Klimasystems	6
Einspruch: Es gibt kein Restbudget mehr!	7
Langzeitfolgen der Klimaveränderung: Sauerstoff im Ozean wird noch über Jahrhunderte abnehmen	7
Leben im Plastozän	7
Mikroplastik beeinflusst globalen Nährstoffkreislauf und Sauerstoffgehalt im Meer	7
CO ₂ verteuern — keine geeignete Maßnahme gegen die drohende Klimakatastrophe	8
Eingefroren in der Arktis	9
Erweist sich die Elektromobilität als Jobkiller?	10
Warum der motorisierte Individualverkehr eingeschränkt werden muss	11
Diskussion/Interview mit Kolleg*innen	12
Nigeria: Erfolg gegen Shell	14
Ich träume nachts von Elon Musk	14
Internationale Bergarbeiterkoordination	15
Beilage: Bundesdelegiertenkonferenz	17
— Aufbruchstimmung war spürbar	17
— Einleitungsrede	17
— Resolution: Für ein Gesundheitswesen, in dem der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht	19
— Erklärung zur Auseinandersetzung über die Nähe zur MLPD	20
— Kurzbericht vom Solidaritäts- und Arbeitseinsatz im Flutgebiet Ahr	20
— Stimmen von Delegierten	20
Gemeinsamer Kampf gegen die Politik der verbrannten Erde der Ruhrkohle AG	21
80 Jahre Atomenergie	22
Mini-AKW für den Klimaschutz?	22
Kein Atomülllager im Schacht Konrad	23
Die deutsche Autobahn Eine Lebenslüge des deutschen Faschismus	23
AKWs sind todsicher!	24
Widerstand gegen Atomüll auf Hausmülldeponien	24
Asse II – der Endlager-GAU	25
Der Wahnsinn mit der Müllverbrennung	26
Keine Müllverbrennungsanlage in Jänschwalde	27
Gegen Müllverbrennung in Albstadt	29
Antwort zur Kritik am Ken-Jebesen-Artikel	30
Spendensammlung für die Gärten der Solidarität	31
COP26 – Internationale Zusammenarbeit verstärken	31
Wem gehört der Fisch vor Afrika?	32
Auswirkungen des Klimawandels auf die Kleinfischerei in Westafrika	33
Kinderseite: Die Ballade von Chico Mendes	34

Vorstand und Sitz des Vereins: **Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin**

Email: vorstand@ug-buvo.de · Internet: www.umweltgewerkschaft.org

Wir freuen uns über Eure Spende! · GLS Bank – IBAN DE49 4306 0967 1199 5031 00

ViSDP: Mohan Ramaswamy

gedruckt auf recyceltem Papier mit mineralöl- und schwermetallfreien Druckfarben AktivDruck, Göttingen

Titelbild Rainer Recke/fotografik, Fotos Umweltgewerkschaft, Wikimedia, Gerhard Mester/sfv, fotografik u.a. · Layout JHR fotografik, Göttingen

Liebe Leser*innen,

Die Flutkatastrophe im Juli war für viele Menschen hierzulande ein Schock. Kaum jemand konnte sich so verheerende Flutwellen und Zerstörungen vorstellen. Nun ist klar, dass die Klimakatastrophe auch uns treffen wird. Die betroffenen Menschen werden noch sehr lange mit den Folgen zu kämpfen haben. Hochwasser gab es auch in anderen Teilen Europas und in der Türkei, gewaltige Waldbrände im Mittelmeerraum, in den USA und in Sibirien. Der Weltklimarat (IPCC) warnte in seinem Bericht im August vor weit schlimmeren Bränden, Dürren und Hitzewellen im Mittelmeerraum in den nächsten Jahren. Die Klimaerwärmung komme schneller als befürchtet. Allein die vorhandenen und geplanten fossilen Kraftwerke werden doppelt so viel CO₂ emittieren, dass eine Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur weit über 1,5 Grad Celsius unausweichlich wird. Das sind keine guten Aussichten.

Am 24. Juni wurde das „Klimaschutzgesetz“ im Bundestag verabschiedet. Deutschland soll statt 2050 nun 2045 klimaneutral werden. „Klimaneutral“ bedeutet, dass nur noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden, wie von der Natur wieder aufgenommen werden können. Nur, wer soll das kontrollieren und wie? Klimaforscher Prof. Mojib Latif spricht von „Larifari-Gesetz“. Notwendig sind staatliche Vorgaben zur Reduktion der Treibhausgase. Dazu gehört der Ausstieg aus der fossilen Verbrennung bis spätestens 2030. Die Energiegewinnung muss auf Basis

100 % regenerativer Energien organisiert werden. Gas und Atomkraftwerke lehnen wir grundsätzlich ab. Statt neue Straßen zu bauen, muss der ÖPNV auch in die Fläche ausgebaut und unentgeltlich angeboten werden. Der Güterverkehr muss auf Schiene und Wasser

greifen. Lassen wir uns nicht täuschen. Ohne unseren Protest, ohne unseren Widerstand und ohne einen Systemwechsel wird das nicht gelingen. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der die Einheit von Menschen und Natur verwirklicht ist.



Südafrikanische Arbeiter im Kampf gegen Glencore

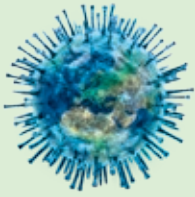
Glencore ist für 0,38 % der weltweit industriell erzeugten Treibhausgasemissionen zwischen 1988 und 2015 verantwortlich und somit einer der größten Verursacher der drohenden Klimakatastrophe.

verlagert werden. Die Landwirtschaft muss nachhaltig werden. Die Kosten für diese und andere Maßnahmen dürfen nicht der Bevölkerung aufgebürdet werden. Zahlen sollen die Hauptverursacher der Probleme, die großen CO₂-Emittenten. Das sind die Energie-, Auto-, Chemie- und Agrarkonzerne, Reedereien, die Rüstungsindustrie, Banken und Investmentgesellschaften. Die Politik will uns vormachen, sie werde nun wirkungsvolle Maßnahmen er-

In diesem Magazin berichten wir, wie sich Menschen bei uns und international wehren. Gegen Müllverbrennung, die Teslafabrik in Brandenburg, gegen die Politik der verbrannten Erde der RAG, gegen Atommülllager – und über die MOSAiC-Expedition. Wir berichten über unsere Bundesdelegiertenversammlung (BDV) und wie unsere Mitglieder Flutopfern geholfen haben.

IHR BUNDESVORSTAND
UMWELTGEWERKSCHAFT

Das Profitsystem zerstört unseren Planeten Erde



Ende März 2021 veröffentlichte ein Expertenteam, das im Auftrag der WHO in Wuhan gearbeitet hat, die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Ursachen der Corona-Pandemie. Das Corona-Virus ist demnach über zwei Tierarten auf Menschen übersprungen.

Pandemien und Umweltzerstörung hängen zusammen

Der internationale Biodiversitätsrat IPBES warnt vor weiteren neuen Krankheiten, die von Tieren auf Menschen übergehen könnten. „Die Welt könnte ein ziemlich unangenehmer Ort werden“, sagt Peter Daszak, US-Zoologe und Virenexperte und Hauptautor des Berichts. „Wenn wir

der CO₂-Ausstoß um 5 Prozent auf 33 Milliarden Tonnen steigt, drei Viertel davon durch Kohleverbrennung des Stromsektors. Die mittleren Temperaturen in Deutschland sind seit dem späten 19. Jahrhundert bereits um 1,6 Grad Celsius gestiegen. Der Kälteeinbruch im Februar war Folge der Klimaerwärmung.

Die Überschwemmungen im Juli bei uns zeigen, dass auch in der BRD die sich entwickelnde Klimakatastrophe bereits verheerende Auswirkungen zur Folge hat. Im August veröffentlichte der Weltklimarat seinen neuen Bericht. Das Klima erwärmt sich so schnell wie nie und schon Anfang der 2030er-Jahre könnte die 1,5 Grad Klimaerwärmung erreicht sein.

■ Die Temperatur in Mitteleuropa wird mit hoher Sicherheit auch unabhängig vom künftigen

Ausmaß der Erderwärmung zunächst schnell weiter steigen.

■ Es wird künftig häufiger extreme Hitzewellen geben, die auch mit weiteren Extremereignissen wie Bränden verbunden sein können.

■ Der Boden in Westeuropa trocknet aus, es kommt häufiger zu Dürre-Perioden. Ab einer Erwärmung von 2 Grad Celsius wird das für die Ökosysteme und die Landwirtschaft existenzbedrohend.

■ Während weniger Schnee fällt und geschlossene Schneedecken unterhalb von 1.500 Höhenmetern im Laufe des Jahrhunderts immer unwahrscheinlicher werden, kommt mehr Niederschlag als Regen zu Boden.

■ Regen fällt zunehmend extremer aus. Dieser Starkregen führt dann vermehrt zu Überschwemmungen. Auch die Gefahr von Fluss-Hochwasser steigt stetig an.²

Die bundesdeutsche Politik handelt trotz dieser Warnungen und der Überschwemmungen weiter im Interesse der großen Umweltzerstörer.

Milliarden Euro werden weiterhin an Subventionen für umweltzerstörende Maßnahmen und Wirtschaftszweige wie Flughäfen, Fluggesellschaften, Energiekonzerne, die Auto- und Rüstungsindustrie und die Agrarkonzerne ausgegeben. Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen war bereit, den Dannenröder Wald mit Polizeigewalt roden zu lassen, damit die A49 weitergebaut werden kann. Nur ein Beispiel dafür, was von den Phrasen der Politiker*innen über die Wichtigkeit des Umweltschutzes tatsächlich zu halten ist

Warum geht es nicht voran mit richtigem Umweltschutz in der BRD?

Wir brauchen: eine Landwirtschaft ohne Pestizide, ein Ende der Massentierhaltung und der profitorientierten industriellen Landwirtschaft, den Schutz unseres Grundwassers, die Renaturierung von Flächen, ein Ende mit dem Flächenverbrauch, Kohleausstieg bis 2030, rascher Ausbau der regenerativen Energien, die massive Reduzierung des Autoverkehrs, ein Verbot der Produktion und Verbreitung Gesundheit gefährdenden Lebensmittel und Stoffen, die sofortige Abschaltung aller AKWs, Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität usw., usw.. Das alles muss endlich gemacht werden. Aber nicht die Interessen der Mehrheit der Menschen nach einer intakten Umwelt und einem gesunden Leben stehen im Vordergrund politischer Entscheidungen, sondern die Profitinteressen und das Streben nach Weltmarktbeherrschung von Konzernen und ihren Lobbyisten. Als Folge der gewachsenen Umweltproteste machen Regierungen und Konzerne zwar



Trinkwasser: Jeder vierte Mensch hat keinen Zugang zu sicherem Wasser

nicht rasch gegensteuern, werden wir schon sehr bald wesentlich öfter Pandemien erleben, die sich noch schneller ausbreiten als Covid-19, noch tödlicher verlaufen (...).“ Als Ursachen benennt ein Report die Änderungen in Landnutzung, zum Beispiel Entwaldung und Verstädterung, die Ausweitung der Landwirtschaft sowie nicht nachhaltige Handels-, Produktions- und Konsummuster. Dieselben menschlichen Aktivitäten, die den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt antreiben, führten auch zu einem Pandemierisiko durch ihre Auswirkungen auf unsere Umwelt. Die Experten fordern Naturschutz als Prävention.

Aber das Gegenteil passiert. Die Zerstörung der Umwelt geht auch während der Pandemie weiter. Pro Tag sterben weltweit 70 bis 100 Tier- und Pflanzenarten aus. Die CO₂-Emissionen steigen in der BRD und weltweit weiter. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt in ihrem Global Energy Review 2021, dass

gewisse Zugeständnisse. Mit Milliarden aus dem Staatshaushalt werden damit aber neue profitable Geschäftsfelder erschlossen. Umweltschutz also dann, wenn Profite gemacht werden können. Lobbyisten und ehemalige Politiker*innen, die für Konzerne aktiv sind, sorgen dafür, dass die Interessen ihrer Geldgeber

durchgesetzt werden. Auch wenn damit die Umwelt weiter zerstört wird oder neue Umweltprobleme entstehen.

Die Macht der Konzerne, ihr Einfluss und ihre Verflechtung mit dem Staat und seinen Organen verhindert eine positive gesellschaftliche Entwicklung. Solange das Privateigentum an Fabriken, Grund und Boden und die Macht der Banken und des Finanzkapitals bestehen, hat Priorität, was die größte Rendite bringt und nicht, was die Gesellschaft braucht. Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer sagte 1996: Die Finanzmärkte haben längst die Macht übernommen und Politik hat sich hier zu fügen und unterzuordnen.³ 2020 begründete der ehemalige französische Umweltminister aus dem Macron-Kabinett, Nicolas Hulot, seinen Rücktritt: „Ich merkte, dass die Politik entmachteter worden ist durch die Finanzwelt.“⁴ Konzerne verklagen Staaten auf Schadenersatz. Die Niederlande wollen bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Das dafür erlassene Kohleausstiegsgesetz nimmt RWE zum Anlass, um Entschädigungen in Milliardenhöhe zu fordern. Das ist nur ein Beispiel. 85 Mrd. US-Dollar an Anteilen hält der Vermögensverwalter Black Rock an 199 Kohlefirmen trotz Nachhaltigkeitsversprechen. Der CDU-Mann Friedrich Merz war von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef von dessen deutschem Ableger. Dieser Interessenvertreter des internationalen Finanzkapitals will Wirtschaftsminister in einer BRD-Regierung werden.

Umfassende Kreislaufwirtschaft notwendig

Produktion, Transport und Konsumtion müssen Ressourcen schonend, nachhaltig, mit Rücksicht auf die Umwelt und



Hochwasserkatastrophe im Juli 2021

Beschäftigte organisiert und durchgeführt werden. Dies wäre möglich in einer umfassenden Kreislaufwirtschaft, für deren Verwirklichung aber die jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden müssen. Kreislaufproduktion und Produktion für den maximalen Profit sind unvereinbar.

Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es: **„Wir wollen eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Menschen und Natur. Zentrale Merkmale einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörung befreiten Gesellschaft sind weltweite ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion auf Basis erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Konsum.“**

Widerstand ist notwendig

Es gibt bereits viele sinnvolle Initiativen, wissenschaftliche Erkenntnisse, technische Projekte und praktizierten Umweltschutz. Es gibt Konzepte für die Verkehrswende, oder wie Strom bis 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien gewonnen werden kann. Es ist bekannt, welcher gewaltige Gewinn eine ökologische Landwirtschaft für die Biodiversität und eine gesunde Ernährung hätte. Viele Petitionen wurden und werden initiiert und finden viele Unterstützer*innen. Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen an verschiedenen Orten wehren sich gegen Umwelt zerstörende Projekte und Maßnahmen. Bauern protestierten gegen die Dumpingpreise der Handelskonzerne. Die Bewegung Fridays for Future leistet einen großen Beitrag dafür, das Bewusstsein vieler Menschen über die drohende Klimakatastrophe zu erhöhen.

Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Bevölkerung von der Politik mehr Maßnahmen zum Umweltschutz fordert.

Die bürgerlichen Parteien, besonders die Grünen, geben vor, Sachwalter für Umweltschutz zu sein. Ob ihnen die Menschen das auf Dauer abnehmen, wird sich zeigen. Ein weiteres Ziel der bürgerlichen Parteien ist es, den Protest von der Straße, in die bürgerlichen Parlamente zu lenken. Dort kann er dann in Ausschüssen durch entsprechende Mehrheiten und faule Kompromisse erstickt werden. Es ist unrealistisch zu glauben, durch Parlamentsmehrheiten könnten wirkungsvolle Umweltschutzmaßnahmen durchgesetzt werden.

Eine Stärke der Umweltbewegung ist ihre Selbständigkeit und sind die bundesweiten Proteste. Eine Orientierung auf die Mitarbeit in Parlamenten würde die



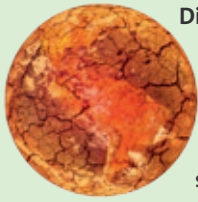
wirkungsvollen Proteste in eine Sackgasse lenken. Umweltbewegung und Arbeiter*innenbewegung müssen zusammenarbeiten mit dem Ziel, die großen Konzerne als Hauptverantwortliche der Umweltkrise ins Visier zu nehmen. Diesen und den Regierungen müssen wir Umweltschutzmaßnahmen im aktiven Widerstand abringen. Sie machen an der einen Stelle Zugeständnisse, um an anderen Stellen weiter Raubbau an Natur und Mensch zu betreiben. Im mörderischen Konkurrenzkampf der Konzerne und Banken ist das ein ökonomischer Zwang. Deshalb fördern wir eine Strategiedebatte über eine Gesellschaft ohne Profitwirtschaft. Die Einheit von Menschen und Natur und nicht die Profitmacherei, müssen Produktion und das gesellschaftliche Leben bestimmen.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/pandemie-zoonosen-infektionskrankheiten-artenschutz-ipbes-1.5098402>

² <https://www.fr.de/politik/corona-covid-19-potenzial-fuer-neue-pandemien-klimawandel-90085889.html>

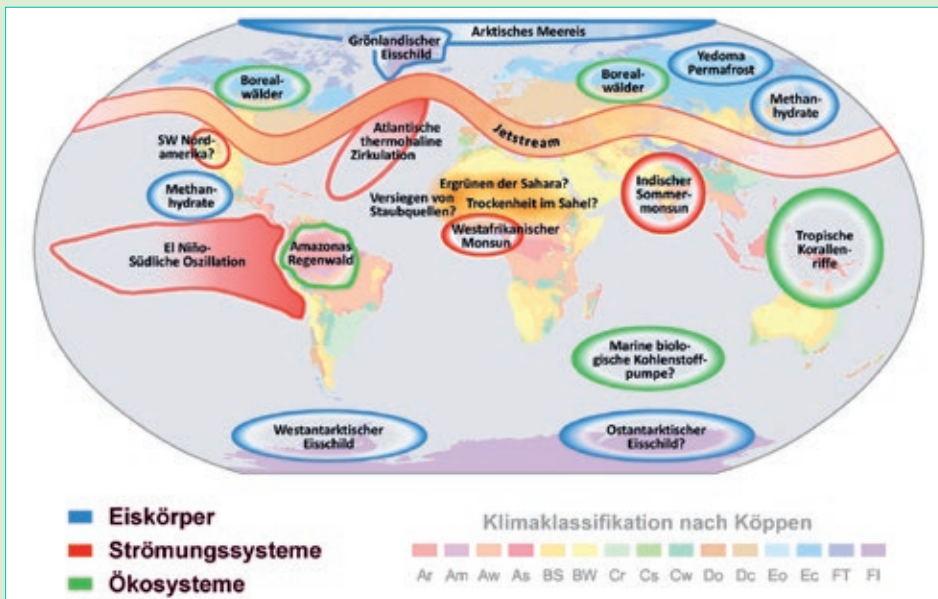
^{3,4} Neoliberal ist neoliberal, diesseits und jenseits des Atlantik“ | Telepolis (heise.de)

Die Kippunkte des Erd-Klimasystems



Die Klimaerwärmung und ihre Folgen sind unübersehbar. In unserem Klimasystem gibt es Teilsysteme, die Kippunkte bzw. kritische Schwellenwerte haben. Werden diese überschritten, wird es zu starken, unaufhaltsamen und unumkehrbaren Veränderungen kommen, die sich erheblich auf das Klima auswirken. Spürbar sind diese Veränderungen bereits jetzt. Es besteht zusätzlich das Risiko, dass durch die Rückkopplungsprozesse weitere Kippunkte im Erdsystem überschritten werden und so eine dominoartige Kettenreaktion ausgelöst wird. Eine solche „Kipp-Kaskade“ könnte das Erdsystem in eine neue Heizeit katapultieren.

Das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) nennt 16 solcher Kippunkte. In der Grafik sind sie dargestellt.¹



Wir charakterisieren kurz vier davon:

Permafrost-Böden

Fast ein Viertel der Landfläche auf der Nordhalbkugel ist dauerhaft gefroren. Insgesamt 23 Millionen Quadratkilometer Boden. Allein im oberen Bereich der Permafrost-Böden stecken bis zu 1.500 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, fast doppelt so viel, wie es derzeit in der gesamten Erdatmosphäre gibt. Die Böden beginnen bereits zu tauen. Guido Grosse, Professor am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung: „Einmal in Gang gesetzt, lässt sich der schnelle Auftauprozess nicht mehr aufhalten.“

Golfstrom

Die Geschwindigkeit des Golfstroms – eine der wichtigsten Meeresströmungen der Welt – und damit die Menge des transportierten Wassers ist in den vergangenen Jahrzehnten um 15 bis

20 Prozent gesunken. Würde der Golfstrom versiegen, käme es zu einer massiven Beeinflussung der Wettersysteme in Europa und Nordamerika. Von „teilweise Überflutungen von Städten wie New York oder Boston sowie Regionen Westeuropas, (...) und einer Zerstörung vieler Fischereigründe noch im laufenden Jahrhundert“ geht das PIK aus.

Der Jetstream

Der Jetstream, auch Strahlstrom genannt, bildet sich dort, wo die kalten Luftmassen aus der Arktis und die warmen vom Äquator aufeinander treffen, die West-Ost-Ausrichtung entsteht durch die Erdrotation. Durch die steigenden Temperaturen gerät der Jetstream durcheinander. Schlägt dieses Windband kräftige Wellen oder staut es sich, sind Extremwetter die Folge: die Hitzewel-

le im Sommer 2010 in Osteuropa, die Eiseskälte in Nordamerika 2014, genauso wie der verregnete Sommer 2017 oder die langen Hitzeperioden von 2018 bis 2020 in Mitteleuropa bzw. in diesem Jahr im Westen der USA und Kanadas und in Südeuropa.

Amazonas Regenwald

Aus dem Amazonas-Regenwald ist einer Studie zufolge im vergangenen Jahrzehnt fast 20 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre gelangt als von der sogenannten grünen Lunge des Planeten aufgenommen werden konnte.

Die Vorstellung es gäbe ein Rest-CO₂-Budget und die Menschheit hätte noch einige Jahre Zeit, ist also falsch. In der Stellungnahme der offenen Akademie „Einspruch: Es gibt kein Restbudget mehr!“ wird diese Vorstellung ausführlich widerlegt.²

Die Kippunkte setzen Treibhausgas frei, die auch bei massiver Reduktion der von Menschen verantworteten CO₂-Emissionen eine weitere Klimaerwärmung zur Folge haben.

- ¹ [https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infoteh/kippelemente \(creative commons\)](https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infoteh/kippelemente%28creative%20commons%29)
- ² <http://www.offene-akademie.org/http://www.offene-akademie.org/wp-content/uploads/2021/03/Offene-Akademie-Stellungnahme-an-Bundesregierung070321.pdf>



Einspruch: Es gibt kein Restbudget mehr!

In einer Stellungnahme der offenen Akademie widersprechen die über 120 Unterzeichner*innen der Stellungnahme der Scientists for Future zu den „Forderungen von Fridays for Future Deutschland an die deutschen Vertreter*innen auf EU-Ebene“ und dem IPPC (Weltklimarat), dass noch ein Restbudget an Treibhausgasemissionen möglich ist. Es würde erlauben, untätig zu sein, bis es verbraucht ist. „Eine Stellungnahme aus der Wissenschaft darf nicht das ‚Machbare‘, sondern muss das aus wissenschaftlichen Erkenntnissen objektiv Notwendige beinhalten. Treibhausgasemissionen müssen sofort drastisch reduziert und innerhalb von 10 Jahren auf unter 10 % des heutigen Niveaus gebracht werden“. ... „Eine wissenschaftliche Untersuchung weist nach, dass im Jahr 2017 etwa 71% der globalen CO₂ Emissionen durch die 100 größten Konzerne im Bereich Energie und Rohstoff verursacht wurden. Die Klimakatastrophe kann nicht aufgehalten werden, ohne die sie verursachenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen. Daher wird die Kritik am Kapitalismus von uns ausdrücklich geteilt.“

<http://www.offene-akademie.org/http://www.offene-akademie.org/wp-content/uploads/2021/05/Offene-Akademie-Stellungnahme-an-Bundesregierung130521.pdf>

Wissenschaftlicher Beirat der offenen Akademie empfiehlt Zusammenarbeit mit der Umweltgewerkschaft

„Um eine Änderung zu bewirken, reicht aber eine Erklärung nicht aus. Die offene Akademie ist ein wissenschaftliches Forum und keine Kampforganisation. Daher hat der wissenschaftliche Beirat der offenen Akademie eine Empfehlung beschlossen: Wer aktiv dafür eintreten möchte, die Ziele der Erklärung ‚Einspruch: Es gibt kein Restbudget mehr‘ zu verwirklichen, dem wird empfohlen mit der „Umweltgewerkschaft“ zusammenzuarbeiten: www.umwelt-gewerkschaft.org. Sie verbreitet unsere Stellungnahme und tritt aktiv für ihre Verwirklichung ein. Sie verfügt über ein System von Regional- und Ortsgruppen und ist demokratisch organisiert.“

(Schreiben vom 30.4.2021)



Totes Albatross-Jungtier auf Midway

Leben im Plastozyän

Über die kaum erforschte Belastung unserer Böden durch Mikroplastik.

von Andrea Beste

Plastik galt lange vor allem als Bedrohung für die Meere. Seit Jahren zeigen Forschungsergebnisse, dass die globale Verschmutzung der Meere und Ozeane mit Makro-, Mikro- und Nanoplastik bereits gewaltig ist. Doch auch in Flüssen, Seen und Böden nimmt die Verschmutzung durch Mikroplastik ungehindert zu. Für Böden schätzten jüngst Forscher die Belastung auf bis zu 23 Mal höher ein als in den Ozeanen. Weil Mikro- und Nanoplastik in Kläranlagen nicht vollständig herausgefiltert werden können, gelangen diese Kunststoffpartikel auch in das geklärte

Wasser, aber über den Klärschlamm vor allem in die Böden. Auch Bioabfallkomposte und Gär-Reste sind Eintragspfade. Über die Konsequenzen für Umwelt und Gesundheit sowie die Wechselwirkungen innerhalb der Ökosysteme ist kaum etwas bekannt. Klar ist: In der Umwelt wird Mikro- und Nanoplastik nur über sehr lange Zeiträume abgebaut. Über Kleinstlebewesen und Pflanzen, die Mikro- und Nanoplastik aufnehmen, gelangt es in die Nahrungskette und auch auf unsere Teller.

Quelle: KAB_2020_236_240_Beste.pdf (kritischer-agrarbericht.de)

Mikroplastik beeinflusst globalen Nährstoffkreislauf und Sauerstoffgehalt im Meer

Wissenschaftler*innen des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung Kiel haben gezeigt, dass die Aufnahme von Mikroplastik durch Zooplankton schon bei geringen Konzentrationen erhebliche Auswirkung auf das marine Ökosystem haben kann. Durch die Aufnahme von Mikroplastik frisst das Zooplankton weniger Algen, was zu verstärkter Algenblüte führt und den Sauerstoffgehalt der Ozeane fast genauso stark negativ beeinflusst wie die Klimaerwärmung. Dieser potenzielle Treiber der Ozeanveränderung wurde bisher nicht berücksichtigt.

<https://www.geomar.de/news/article/mikroplastik-beinflusst-globalen-naehrstoffkreislauf-und-sauerstoffgehalt-im-meer>

Langzeitfolgen der Klimaveränderung:

Sauerstoff im Ozean wird noch über Jahrhunderte abnehmen

Das Leben aller Tiere im Meer hängt von der Verfügbarkeit von Sauerstoff ab, das als Gas im Meerwasser gelöst ist. Seit 50 Jahren haben die Ozeane kontinuierlich etwa 2% des Gesamtinventars (regional zum Teil deutlich mehr) verloren. Hauptgrund ist die globale Erwärmung, die zu einer Abnahme der Löslichkeit von Gasen führt als auch der Umwälzbewegung und damit die Belüftung verlangsamt. Eine Studie von Prof. Andreas Oschlies (GEOMAR) zeigt, dass bei sofortigem Stopp aller CO₂-Emissionen die weitere Ausdehnung der relativ oberflächennahen Sauerstoffminimumzonen innerhalb weniger Jahre abgebrems werden könnte. Der langzeitliche Rückgang des Sauerstoffs in tieferen Schichten würde aber noch Jahrhunderte anhalten.

<https://www.geomar.de/news/article/langzeitfolgen-des-klimawandels>



Am Ende der Welt: Cabo de São Vicente, Portugal

Foto: Rainer Recke/fotografik

CO₂ verteuern

keine geeignete Maßnahme gegen die drohende Klimakatastrophe



Anfang dieses Jahres wurde eine CO₂-Steuer eingeführt. Sie wird allerdings nicht Steuer genannt, sondern CO₂-Preis. Kohlendioxid erhält einen Preis, der von 25 € pro Tonne 2021 auf 55 € bis 2025 steigen soll. Der Benzinpreis, als ein Beispiel, wird dadurch von 7,9 Cent in 2021 auf 15,5 Cent pro Liter in 2025 steigen. Eine Erhöhung wird es auch für Diesel und Heizöl geben. Im Laufe dieses Jahres stiegen die Benzinpreise tatsächlich aber um weit mehr als 7,9 Cent.



Die CO₂-Steuer soll den CO₂-Verbrauch senken und Investitionen in klimataugliche Projekte fördern. So sagen es Regierung und Befürworter. Nüchtern betrachtet steigen aber nur die Preise in vielen Lebensbereichen. Solange es keine Alternativen wie z.B. einen kostenlosen Nahverkehr gibt, die die Menschen nutzen können, erhöhen sich die Lebenshaltungskosten für Millionen Menschen. Die Regierung bringt so bewusst viele Menschen gegen den dringend notwendigen Klimaschutz auf. Die rechten Demagogen von der AfD und auch die Klimaleugner in den anderen bürgerlichen Parteien nutzen das, um sich als Kümmerer aufzuspielen. In Wahrheit kümmert sie nur das Wohlergehen der Kapitalisten und der Reichen im Land.

Die Umweltgewerkschaft lehnt den CO₂-Preis ab. Die Hauptverursacher der Klimakrise, die Energie- und Autokonzerne, die Flugzeugbranche, Reedereien, Kreuzfahrtanbieter, Firmen, die Produkte weltweit produzieren lassen usw. müssen für die Schäden aufkommen, die sie anrichten. Auf Kosten ihrer Gewinne und der Dividenden.

Die Einführung des CO₂-Handels hat nicht dazu geführt, dass die CO₂-Emissionen reduziert wurden. Trotzdem

beschwören die Neoliberalen weiterhin den „Markt“, der angeblich alles lösen wird. Mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das aus Profitgründen diesen Planeten rücksichtslos zerstört, soll also die Klimakrise beseitigt werden. Eine absurde Vorstellung! Zeigt aber andererseits, was von den inflationär gewordenen Bekenntnissen zu Klimaschutz und Klimaneutralität zu halten ist.

Notwendig zur Bekämpfung der Klimakrise ist aktiver Widerstand für verbindliche Sofortmaßnahmen, Verbote und die Bestrafung von Umweltverbrechen. Die Subventionen des Staates in

lange Bank geschoben. Deshalb sind es Illusionen zu glauben, dass durch Wahlen und die Wahl einer „richtigen“ Partei sich daran etwas ändern wird.

Die Umweltgewerkschaft lehnt die



CO₂-Steuer auf dem Rücken der Leute ab und fordert umfassenden Sofortmaßnahmen mit denen eine Klimakatastrophe noch eingedämmt werden kann. Es muss rasch ein ökologisches Verkehrs-

Laut EU-Kommission ist der Emissionshandel die „tragende Säule der EU-Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels“. Der Plan, Treibhausgase durch Handel mit »Verschmutzungsrechten« zu reduzieren, ist jedoch längst gescheitert. So lagen die CO₂-Emissionen 2013 um 61 Prozent über dem Niveau von 1990.

Von der EU wurden fünf Industrien zum Emissionshandel verpflichtet, die die Hälfte der Treibhausgase ausstoßen: Chemie, Stahl, Glas, Papier, Zement. Der Verkehr war ausgeklammert. Was die EU hier als „tragende Säule“ herausstellt, ist nichts anderes als dreister Betrug. Der Emissionshandel mit Verschmutzungsrechten ist in erster Linie eine Profitquelle für die Konzerne!

Sie bekamen die Zertifikate erst einmal geschenkt und verkaufen sie im internationalen Emissionshandel für Extraprofite! Unter dem Vorwand, Nachhaltigkeit und saubere Technologien in Entwicklungsländer zu übertragen, entwickelte die UN ein spezielles Programm: CDM (Clean Development Mechanism). Dies sind Projekte des Kapitalexports, die mit Zertifikaten bedacht werden: 78 Prozent aller Projekte finden in den BRICS23-Staaten statt, 54 Prozent allein in China. Dreist wurden Kohlekraftwerke in Indien und China als CDM-Projekte angemeldet, weil sie weniger CO₂ ausstoßen würden als ältere Kraftwerke.

Das Recht, die Luft mit einer Tonne Kohlendioxid zu verschmutzen, kostete die Konzerne in der Finanz- und Wirtschaftskrise gerade mal 2,75 Euro! So billig konnten sie die Welt noch nie verschmutzen und das Weltklima anheizen. Seit dem wird die Klimakrise zum »Klimawandel« kleingeredet und von der EU »Anpassungsstrategien« großgeredet.

<https://umweltgewerkschaft.org/de/themen/kreislaufwirtschaft/moderne-wissenschaft-und-kreislaufwirtschaft-total/703-co2-monopoly-zum-emissionshandel.html>

umweltschädliche Geschäftsmodelle müssen endlich gestoppt werden. 2012 betrugen sie die gigantische Summe von 57 Milliarden Euro!

Konzerne und Reiche haben sich den bundesdeutschen Staat, seine Organe und die Regierungen ihren Interessen völlig untergeordnet. Deshalb kommt der Klimaschutz nicht voran und werden notwendige Entscheidungen auf die

wesen aufgebaut und in den nächsten 10 Jahren die Energieerzeugung auf 100% regenerative Energien umgestellt werden. Es darf keine Mieterhöhungen oder höhere Kosten für die große Mehrheit der Bevölkerung unter dem Deckmantel „Klimaschutzmaßnahmen“ geben. Bis in 10 Jahren muss der CO₂-Ausstoß um 70% reduziert werden, sonst ist eine Klimakatastrophe nicht mehr zu verhindern.

Die Veranstaltung der Umweltgewerkschaft mit Dr. Janin Schaffer am 16. Juli in Bremen war ein tolles Erlebnis. Frau Schaffer war mit an Bord der „Polarstern“, bei der bisher größten Expedition in der Arktis. Über 50 Besucher*innen erlebten einen begeisterten Abend, der das Bewusstsein über die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erhöhte und zur Mitarbeit am Kampf für die Rettung des Planeten und zur Mitgliedschaft in der Umweltgewerkschaft anregte. Gleich zu Beginn gedachten wir gemeinsam der Opfer der Flutkatastrophe in Deutschland und allen Opfern von Umweltkatastrophen weltweit. Bereits in der Begrüßung wurde der Blick darauf gelenkt, dass sich der Umschlag der Umweltkrise zu einer globalen Umweltkatastrophe enorm beschleunigt: die Erderwärmung führt bereits zu einer Erderverbrennung. Hitzerekorde mit 54 Grad wie in Teilen der USA und Kanadas wurden von Wissenschaftlern erst in einigen Jahrzehnten erwartet. Das andere Extrem sind die Flutkatastrophen, weil die heiße Atmosphäre viel mehr Wasser speichert und als gigantischer Starkregen aus Bächen reißende Flüsse macht.



Polarstern-Expedition

Foto: Alfred-Wegener-Institut (CC-BY4.0)

Eine Million Tier- und Pflanzenarten stehen kurz vor dem Aussterben. Der Amazonas-Regenwald ist in den letzten 10 Jahren gekippt und gibt inzwischen 20% mehr CO₂ ab als „die grüne Lunge“ des Planeten aufnehmen kann. Die Anzahl der Kippunkte nimmt weiter zu: das Meereis der Westantarktis schmilzt ab und die Permafrostböden in Sibirien, Kanada und Alaska tauen auf.

„Das Eis stirbt“ mahnte der Expeditonsleiter Markus Rex nach der Rückkehr der „Polarstern“.

Janin Schaffer nahm uns durch ihren Livovortrag mit in die Arktis. Ihre wis-

senschaftlichen Informationen waren gut verständlich dargelegt und ihre Geschichten vom Leben und Arbeiten im Eis sehr eindrucksvoll. Sie untersuchte im „Ocean-City“ als physikalische Ozeanographin u.a., ob das tiefer liegende Wasser aus dem Atlantik hochgemischt wird



Foto: Alfred-Wegener-Institut (CC-BY4.0)

Korrespondenz aus Bremen

und zum verstärkten Abschmelzen des Eises beiträgt.

Neueste Forschungsergebnisse wurden vorgestellt: die Tatsache, dass sich die Arktis 2-3 mal schneller erwärmt als der Rest der Erde; die Eisdicke hat im Winter 20% abgenommen; die Erderwärmung bedroht die Ozonschicht über der Nordhalbkugel: „Im Höhenbereich des Ozonmaximums sind bis zu 95% der Schicht zerstört.“

In der anschließenden Diskussion gab es vielfältige Fragen und Beiträge. „Wie seid ihr mit der Gefahr von Eisbären umgegangen?“ „Es gab vier Stufen: Weggehen, Lärm machen, Hubschrauber einsetzen, Schuss mit dem Gewehr in die Luft. Das wurde eingeübt mit dem Ziel, den Todeschuss auf den Eisbären zu vermeiden.“

Eine viele größere Gefahr war das immer wieder aufbrechende Eis. Und wir mussten uns ständig vor Erfrierungen bei minus 50 Grad schützen.“

Als Hauptverursacher wurden die Umweltverbrecher in den Konzernzentralen und ihre Dienstleister in den Regierungen angegriffen. Ein typisches Beispiel ist der geplante Bau eines Flüssiggas-Terminals für Fracking-Gas aus den USA, der mit 1 Milliarde Euro aus Steuergeldern finanziert werden soll. Nach dem Redebeitrag einer Arbeiterin bei Airbus bedankte sich die Wissenschaftlerin für diese „wertvolle Arbeit

der Umweltgewerkschaft in den Betrieben und Gewerkschaften.“ Umwelt-, Jugend- und Arbeiterbewegung gemeinsam – dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch den Abend. Dazu trug auch das große Engagement von Janine Schaffer bei, die in der Bewegung „Sci-

tists for Future“ aktiv mitarbeitet. In der Diskussion wurde auch das Buch „Katastrophenalarm“ von Stefan Engel vorgestellt, dass in die Hand jedes Menschen gehört, der die Umwelt retten will. Es ist eine Streitschrift, die sich in die Strategiedebatte um die Lösung der Umweltfrage für einen gesellschaftsverändernden Kampf positioniert.



Foto: Christian Rohleder (CC-BY4.0)

Dr. Janin Schaffer

Wie sehr auch Frau Schaffer dieser Abend gefallen hat, kommt in ihrer Widmung im Bildband „Expedition Arktis“ zum Ausdruck: „Vielen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung mit so vielen enthusiastischen und engagierten Leuten! Es hat mich sehr gefreut, euch vom (schwindenden) Zauber der Arktis zu berichten.“

Eine Veranstaltung, die bestimmt auch in anderen Regionen von großem Interesse ist.

Einen Film über den Abend findet ihr auf www.youtube.com/user/MrMarxismo.

Impulsbeitrag zum Diskussionsforum:

Zehntausende Arbeitsplätze sollen in der Automobilindustrie abgebaut werden. Erweist sich die Elektromobilität als Jobkiller?

Nein. Das ist eine glatte Lüge. 2017 erreichte die weltweite PKW-Produktion mit 73,5 Millionen PKW ihren Höhepunkt. Bereits 2018 sank die PKW-Produktion durch die Weltwirtschaftskrise um 4% auf 70,5 Millionen PKW, 2019 um nochmals 4%¹. 2018 betrug der Anteil an Elektroautos an den Neuzulassungen in Deutschland gerade mal 1%². Die weltweite Corona Pandemie hat die Weltwirtschaftskrise noch verstärkt. In Deutschland erreichten die Neuzulassungen ihren bisherigen Tiefpunkt im April 2020. Selbst im Oktober 2020 betrug der Anteil der batteriebetriebenen Elektroautos lediglich 8,4%³. Nicht die Elektromobilität ist die Ursache der Arbeitsplatzvernichtung, sondern der mit der verschärften Konkurrenz um kleinere Märkte verbundene Zwang zur Steigerung des Profits. Um Lohnkosten einzusparen, sollen beispielsweise bei Daimler in Untertürkheim 4000 Arbeitsplätze für die Herstellung von Autos mit Verbrennermotoren nach Osteuropa verlagert werden. Zugleich werden satte Milliarden Gewinne an die Aktionäre ausgezahlt. VW, Daimler und BMW haben zusammen Gewinnrücklagen im dreistelligen Milliardenbereich⁴. Wir sagen daher ganz klar nein zur Arbeitsplatzvernichtung und zur Abwälzung der Krisenlasten. Das gilt auch für die Strukturkrise bei der Umstellung auf e-Mobilität. Wir sind solidarisch mit dem Kampf der Belegschaften für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Der Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz ist auch unsere Sache!

Kämpft die Umweltgewerkschaft also jetzt für den Erhalt des Verbrennermotors?

Nein, natürlich nicht. Die Technik des Verbrennermotors ist überholt und umweltschädlich. Ein weiter so würde die Existenz der Menschheit aufs Spiel setzen. Wenn wir klarstellen, dass um jeden

Arbeitsplatz gekämpft werden muss, ist das zugleich damit verbunden, wie denn die künftigen Arbeitsplätze aussehen müssen und wie sie erhalten bleiben sollen. Die Elektromobilität verkürzt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung eines PKW deutlich, weil viele Teile eines „Verbrenners“ nicht mehr benötigt werden. Daher ist es logisch und gerechtfertigt die Arbeitszeit auf Kosten der Profite deutlich zu senken. Wir fordern daher die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wie z.B. beim Aufbau von Batteriefabriken und Batterierecycling, beim Ausbau der erneuerbaren Energien und des öffentlichen Nahverkehrs.

Sind Batterien wegen des Kobalt- und Lithiumabbaus und deren begrenzten Vorräten nicht äußerst umweltschädlich?

Nicht automatisch. Rohstoffknappheit und zerstörerische Abbaumethoden sind ein generelles Problem, sobald Profit Vorrang vor der Einheit von Mensch und Natur hat. Kupfer ist viel knapper als Kobalt und Lithium, seine nach heutigem Stand abbaubaren Vorkommen reichen nur noch 39 Jahre⁵. Das spielt aber in den Medien nur eine untergeordnete Rolle. Überhaupt scheint das Rohstoffproblem für viele Medien nur ein Problem der Elektromobilität zu sein. Das eigentliche Problem ist aber die profitgetriebene Wegwerfproduktion. Jede Maschine, jeder Computer, Handys, Waschmaschinen etc. ist davon

betroffen. Die Recyclingquoten für seltene Metalle sind unglaublich niedrig. Weltweit liegt sie für Kupfer bei 20%, für Kobalt bei 16%⁶! Wir brauchen ein verpflichtendes umfassendes Recycling. Natürlich auch für die Elektromobilität. Da ist noch viel „Luft nach oben“. Es gibt inzwischen auch hoffnungsvolle Ansätze, Batterien ohne oder mit deutlich weniger Kobalt und Lithium zu bauen. Da muss entsprechende Forschungs- und Entwicklungsarbeit entschieden vorangetrieben werden.

Es ist richtig, dass die Abbaumethoden von Lithium v.a. in Lateinamerika umweltzerstörerisch und für die indigene Bevölkerung existenzraubend sind. So wird in der Atacama Wüste lithiumhaltige Sole einfach an die Oberfläche gepumpt und dort in der Wüstensonne eingedickt. Aus Profitgründen wird auf die Wiedereinleitung und Ausgleich des hochgepumpten Solewassers verzichtet. Dadurch senkt sich der



Umweltgewerkschaft Stuttgart bei 1.-Mai-Demo 2021

Grundwasserspiegel ab und die Gegend trocknet weiter aus. Das lehnen wir ab und sind solidarisch mit dem Kampf der Bewohner Chiles und anderer Länder,



Protestaktion gegen die Rodung des Dannenröder Forstes für die A49, 8.10.2020

die sich gegen rücksichtslose neokoloniale Ausplünderung ihrer Ressourcen zur Wehr setzen. Lithium kann aber auch umweltschonend, z.B. bergmännisch abgebaut werden, selbst in Deutschland. Es ist daher grundfalsch, den Bergbau oder Lithiumgewinnung generell als umweltschädlich abzulehnen. Kinderarbeit und zerstörerische Abbaumethoden müssen generell bekämpft werden, nicht nur beim Kobaltabbau. Dafür muss



auch ein Bewusstsein unter den Automobilarbeitern und auch in der Umweltbewegung geschaffen werden. Als Umweltgewerkschaft wollen wir dazu beitragen, auch den internationalen Kampf und ein internationalistisches Bewusstsein voranzubringen.

Es gibt Studien, die behaupten, ein Elektroauto ist nur wenig klimafreundlicher als ein „Verbrenner“

Das sind Fake News. 2017 wurde eine Studie vom schwedischen Umweltinstitut IVL, finanziert vom schwedischen Verkehrsministeriums und Energieministerium, durchgeführt⁶. Sie wurde zum Kronzeugen einer Medienkampagne der Autoindustrie, um in der Diesellaffäre zu retten, was noch zu retten ist ...



Den vollständigen Text des Impulsbeitrags findet man bei <https://www.umweltgewerkschaft.org/de/themen/transport-verkehr/verkehr.html>

Warum der motorisierte Individualverkehr eingeschränkt werden muss

Fieberhaft suchen Politiker der etablierten Parteien Auswege aus dem täglichen Stau und der Feinstaubbelastung in den Großstädten. Immer breitere Straßen werden gebaut und an selbstfahrenden PKWs wird geforscht, um dichter auffahren zu können. Wäre es da nicht viel einfacher und umweltschonender, der ÖPNV würde viel attraktiver und unentgeltlich, Radwege würden großzügig und durchgängig ausgebaut und der Güterverkehr würde auf die Schiene und Wasserwege verlagert?



Mobilität darf nicht von Alter und Gesundheit abhängen und darf nicht daran geknüpft sein, ob sich die Leute ein Auto leisten können. Und wir müssen noch grundsätzlicher die Frage aufwerfen: Wie lange kann sich die Menschheit dieses überlebte Verkehrskonzept auf der Basis des Individualverkehrs noch leisten?

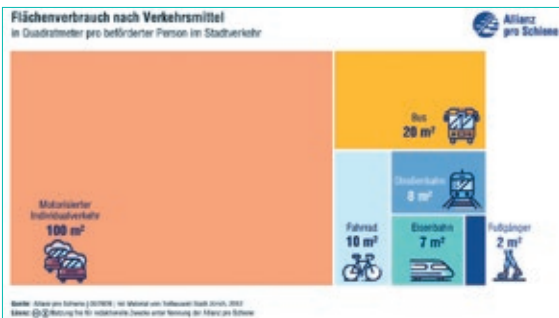
In unserem Magazin: „Perspektive Kreislaufwirtschaft“ von 2018 haben wir die These aufgeworfen: „Profitmacherei im Verkehrswesen zerstört Mensch und Natur“: „Das Verkehrswesen in Deutschland befindet sich schon lange in einer Krise. PKWs und LKWs verursachen gigantische Staus, riesige Flächenzerstörung für Straßen und Parkplätze, steigende CO₂-Emissionen, lebensgefährliche Stickoxid- und Feinstaubbelastung und enorme Kosten, für die die gesamte Gesellschaft aufkommen muss. 56,5 Mio. Kraftfahrzeuge waren nach KBA (Kraftfahrtbundesamt) am 1.1.2018 in der BRD zugelassen. Davon 46,4 Mio. PKW. Jeder vernünftig Denkende weiß, dass es so nicht weitergehen kann.“ Das wollen wir weiter vertiefen und die nötigen Konsequenzen und Forderungen herauschälen.

Die 15 größten Automobilkonzerne der Welt produzierten in den letzten zwanzig Jahren (2000 bis 2020) 1,187 Milliarden Autos.¹ „Schätzt man den Gewichtsanteil metallischer Rohstoffe in einem Fahrzeug sehr grob auf durchschnittlich eine Tonne, so sind in der Automobilproduktion eines Jahres Rohstoffe in der Größenordnung von 60 Millionen Tonnen verarbeitet. Den größten Anteil daran haben Eisen und Stahl, Kupfer und Aluminium.“² Diese Aussage bezogen auf 2010 dürfte sich nach Oben verschieben, da der Anteil an schweren Autos wie z.B. SUVs zwischenzeitlich überproportional zugenommen hat. Bei diesen Autos hat durch die zunehmende Digitalisierung und Automation der Anteil an hochwertigen und dadurch auch etwas schwereren Metallen noch zugenommen.³

Grob geschätzt ergibt sich seit 2000 ein Metallverbrauch von 1,187 Milliarden Tonnen. Stahl und Aluminium sind nur über einen sehr hohen Energie-Einsatz⁴ zu gewinnen. Die Rohstoff-Gewinnung und Herstellung von Aluminium ist zudem bis heute ein Umweltverbrechen. Die Gewinnung von Lithium ist ähnlich schädlich.⁵

Die Produktion eines Autos benötigt bis zu 380.000 Liter Wasser.⁶





Der Schienenverkehr kommt mit 30 Prozent der Energie aus, die der Straßenverkehr bei derselben Transportleistung benötigt. Dennoch wird in fast allen Ländern der motorisierte Individualverkehr (MIV) bevorzugt. Auch nach über 100 Jahren Entwicklung liegt der Wirkungsgrad der Verbrennungsmotoren nur bei 30 Prozent. Elektrofahrzeuge mit Akku haben derzeit einen Wirkungsgrad von 45 Prozent bei Einrechnung des hohen Aufwands für die Akku-Herstellung. Fahrzeuge mit Brennstoffzellen haben einen Wirkungsgrad von 35 Prozent, da momentan die Elektrolyse zur Herstellung des Wasserstoffs noch zu energieaufwändig ist. In Verbindung mit einer Stromgewinnung aus regenerativen Quellen wäre das aber auf jeden Fall ein bedeutender Fortschritt – den jedoch die Energie- und Automonopole seit Jahrzehnten aus Profitgründen behindern.

Sie beantworten das Bedürfnis der Massen nach Mobilität, auch wenn es aufgezwungen ist wie z.B. bei den großen täglichen Pendlerbewegungen zum Arbeitsplatz, nicht mit schnellst möglicher Umstellung auf regenerative Antriebe und einen schnellen und attraktiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zur Aufnahme der Pendler, sondern versuchen sie an einen ununterbrochenen Anstieg des Schadstoffreichen und Ressourcen verschwenderischen MIVs zu gewöhnen. Trotz Forderung auch der Umweltgewerkschaft nach einer Umstellung auf regenerative Antriebe darf der MIV so nicht weiter zunehmen. Er ist zu einer zerstörerischen Kraft von Mensch und Umwelt geworden. Deshalb muss er eingeschränkt werden.

Weniger Autos bedeuten weniger Stau und weniger Unfälle, der Verkehr fließt insgesamt flüssiger und schafft Raum für eine eigene Busspur. Das schont den kommunalen Haushalt, da weniger Mittel für die Instandsetzung der Straßen aufgebracht werden müssen. Die für einen unentgeltlichen ÖPNV notwendigen Gelder sollen aus den Diesel-Subventionen kommen, im Gegenzug sollen diese Subventionen gestrichen werden. Weiter sollen Gelder benutzt werden, die bisher für den Straßenausbau vorgesehen sind. Die stadteigenen Betriebe sollen aber auch weiter von der Stadt subventioniert werden und zusätzlich von einer neuen Unternehmenssteuer für Großbetriebe wie es sie z.B. in Frankreich gibt. In Frankreich etwa erfolgt die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs allgemein über die »Taxe Versement de Transport«, eine Unternehmenspauschalsteuer⁷. Diese richtet sich nach der Finanzkraft eines Unternehmens und wird landesweit von Firmen mit mehr als neun Angestellten erhoben.

Die für einen unentgeltlichen ÖPNV notwendigen Gelder sollen aus den Diesel-Subventionen kommen, im Gegenzug sollen diese Subventionen gestrichen werden. Weiter sollen Gelder benutzt werden, die bisher für den Straßenausbau vorgesehen sind. Die stadteigenen Betriebe sollen aber auch weiter von der Stadt subventioniert werden und zusätzlich von einer neuen Unternehmenssteuer für Großbetriebe wie es sie z.B. in Frankreich gibt. In Frankreich etwa erfolgt die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs allgemein über die »Taxe Versement de Transport«, eine Unternehmenspauschalsteuer⁷. Diese richtet sich nach der Finanzkraft eines Unternehmens und wird landesweit von Firmen mit mehr als neun Angestellten erhoben.

Die für einen unentgeltlichen ÖPNV notwendigen Gelder sollen aus den Diesel-Subventionen kommen, im Gegenzug sollen diese Subventionen gestrichen werden. Weiter sollen Gelder benutzt werden, die bisher für den Straßenausbau vorgesehen sind. Die stadteigenen Betriebe sollen aber auch weiter von der Stadt subventioniert werden und zusätzlich von einer neuen Unternehmenssteuer für Großbetriebe wie es sie z.B. in Frankreich gibt. In Frankreich etwa erfolgt die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs allgemein über die »Taxe Versement de Transport«, eine Unternehmenspauschalsteuer⁷. Diese richtet sich nach der Finanzkraft eines Unternehmens und wird landesweit von Firmen mit mehr als neun Angestellten erhoben.

- Einführung und Ausbau des unentgeltlichen öffentlichen Personennahverkehrs!
- Ausbau aller für Pendler notwendigen ÖPNV-Verbindungen !
- Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken!
- Ersetzung aller fossil betriebenen Nahverkehrsmittel durch Elektro-, Wasserstoff-, Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge!
- Einschränkung des Individualverkehrs!
- Strom zu 100 % aus regenerativen Energien wie Wasser, Wind, Sonne und Bioabfällen!
- Schaffung neuer Arbeitsplätze durch umweltfreundliche Technologien!

1 Statista, Martin Conds 14.4.2021

2 Vom Erz zum Auto. Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie; Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk MISERIOR e.V. September 2012

3 „Das Gewicht eines Golf Diesel stieg zwischen 1984 bis 2004 von 920 auf über 1400 Kilogramm an. Der Grund dafür liegt in einem Trend zu immer mehr Mikroelektronik und Automation in den Fahrzeugen, die deshalb mit einer Vielzahl von Elektromotoren ausgestattet werden müssen. Die Folge ist, dass bei der Herstellung und beim Betrieb immer mehr Rohstoffe und Energie verbraucht werden.“ Katastrophenalarm, S. 159

4 Magazin Perspektive Kreislaufwirtschaft 2017, S. 22 „Zukunftsweisende Wege für eine umweltschonende Stahlproduktion“

5 Magazin Perspektive Kreislaufwirtschaft 2020, S. 6 „Nein zum Lithium-Abbau in den Hochanden!“

6 „Katastrophenalarm“ S. 211, Verlag Neuer Weg,

7 Bei der Nahverkehrsabgabe (versement transport) wird die französische Taxe Versement de Transport (VT) als Vorbild genommen, die Kommunen ab 20.000 Einwohnern zweckgebunden zur Finanzierung des ÖPNV erheben können. Das Steueraufkommen kann investiv und konsumtiv verwendet werden.

s.a.ZDF, 12.9.2021, planet e.: „Mythos Elektroauto“

Diskussion mit einem Mahle-Kollegen

Was meinst Du zum Nulltarif?

Ich glaube, dass dann mehr Kollegen umsteigen. Nicht alle, weil manche sonst schlecht zur Arbeit kommen.

Und wer soll dann die Kosten dafür tragen?

Daimler, Bosch und Mahle und so weiter: Während des Feinstaub-Alarms hatten sie den Kollegen auch die kostenlose Fahrt mit Öffis angeboten und wer das in dieser Zeit konnte, der kann das auch generell.

Die Konzerne kostet das nicht so viel, wie sie behaupten. Auch kön-



nen sie dadurch viele Parkplätze einsparen, die auch kosten. Oder sie können dann neue Werkhallen oder Büros darauf bauen.

Wenn man bei Kaufland einkauft, muss man den Parkplatz nicht bezahlen. Dann könnten die Kaufhäuser auch denen die Fahrt zahlen, die mit Öffis kommen. Wenn dann alle, aber nicht die PKW-Fahrer privilegiert.

Das ganze könnte über eine separate ÖPNV-Steuer direkt von den Konzernen – von Produktion bis Konsum – ab einer bestimmten Mitarbeitergröße eingezogen werden. Ich glaube, in anderen Ländern gibt es so was schon.

Interview mit einem Angestellten bei Bosch in Stuttgart-Weilimdorf Softwareentwickler Verkauf

Wie siehst Du die Entwicklung der Autos?

Inzwischen sind in jedem neuen Mittelklassemodell mehr als 20 Steuergeräte verteilt, die über CAN-Bus, LIN-Bus oder andere fahrzeugspezifische Bussysteme miteinander kommunizieren. Im Vollausbau des Oberklassesegmentes schlägt sich die Bedeutung der Automobilelektronik besonders nieder – dort findet man bisweilen bis zu 80 Steuergeräte, 3000 Meter Leitungen und 3800 Kontaktierungen. Allerdings ist es auch diese Komplexität heutiger Fahrzeuge, die immer wieder Ausfälle und Fehlfunktionen verursacht.

Wie siehst Du die Zukunft der Autos?

Es ist ein Unding, dass die ganze Technik in die SUV gesteckt wird und nicht in die Sicherheit der Buse oder LKWs. Wenn du mich fragst, gibt es viel zu viel Autos. Eine Stunde werden sie am Tag gebraucht, dann stehen sie nur herum. Und da, wo man sie gebraucht, stehen sie auch wieder im Stau.

Was hältst Du vom Ausbau des ÖPNV?

Wenn man mit ihm morgens und abends zur Arbeit kommt, ist es besser. Aber was mache ich dann im Urlaub? Ich denke, man muss auch über Möglichkeiten nachdenken, wo die Gemeinden Autos zu Verfügung stellen, die von Privatleuten für die unterschiedlichsten Fahrten angemietet werden können. Wer zum Beispiel ein Jahresticket bei den Öffis hat, sollte diese kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Das Benzin muss er dann natürlich bezahlen.



Foto: Eric Weber (CC-BY 4.0)

Interview mit einem Arbeiter bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach

Wie siehst Du die Entwicklung der Autos?

Es ist eine Sackgasse, aber Bosch ist ein Zulieferer und wir leben von der Produktion bei Daimler.

Wie siehst Du die Zukunft der Autos?

Wenn die heutige Gesellschaft nicht mehr ohne Autos zurecht kommt, müssten sie eigentlich auch in Gemeineigentum sein. Der Staat müsste sie verwalten und geschickt über den Tag hinweg einsetzen. Dann werden sie öfters gebraucht. Besitz führt immer zum Ein-Mal-Gebrauch, das ist schlecht.

Ganz ohne Autos wird es nie gehen, aber es gibt heute viel zu viel von Ihnen. Das ist pure Verschwendung von Material und Energie.

Was hältst Du vom Ausbau des ÖPNV?

Ich komme schon lange mit dem ÖPNV. Zuerst mit dem Bus und dann mit der Straßenbahn.

Was sagst Du zum Nulltarif?

Darüber habe ich auch schon nachgedacht. Während der Feinstaubalarmzeiten konnten die Kollegen, die sonst mit dem Auto zur Arbeit kamen, kostenlos mit den Öffis fahren. Na, da sieht man es geht. Wer mit dem PKW kommt, dem wird ein kostenloses Parkhaus hingestellt, wer mit den Öffis kommt, der muss dagegen bezahlen. Das sollte sich ändern.

Interview mit einem Arbeiter bei Daimler in Stuttgart Untertürkheim

Wie siehst Du die Entwicklung der Autos?

Autos sind zu rollenden High-tech-Computern geworden. Die Elektronik verteilt sich dabei auf unterschiedliche Steuergeräte, die den Betrieb überwachen und sicherstellen. Das erfordert riesige Mengen an Kabeln, was wiederum große Menge an wertvollen Rohstoffen verschlingt und Energie verbraucht. Der Planet wird geplündert. So kann es nicht weiter gehen. Wie stehen wir eines Tages vor unseren Kindern da?

Wie siehst Du die Zukunft der Autos?

Wegen der Rohstoffe könnte man über recycelbare Autos nachdenken. Cradle to cradle ist eigentlich nicht schlecht. Warum machen Kallänus und Co dies nicht? Jetzt verlagern sie die Dieselp Produktion nach Polen und machen unser Werk dicht.

Was hältst Du vom Ausbau des ÖPNV?

Das ist schon gut. Aber ich muss auch zur Arbeit kommen. Als Schichter tue ich mich da schwer. Mit dem ÖPNV ist es für mich eine Katastrophe. Man wird gezwungen, ein Auto zu kaufen.

Aber das wollen wir ja gerade mit dem ÖPNV lösen.

Das geht nur, wenn auch Lösungen für die Pendlerströme geschaffen werden. Aber du kannst auch nicht in jedes Schwarzwalddorf einen Zug hinführen. Da ist doch grundsätzlich der Wurm drin!

Ein Den Haager Gericht verurteilt den Ölkonzern Shell dazu Entschädigungen an nigerianische Bauern zu zahlen. Der Konzern ist verantwortlich für Umweltschäden im Nigerdelta durch Lecks in Pipelines.

Seit der Shell-Konzern vor über 50 Jahren in Nigeria mit der Ölförderung begann, sind bis zu 1,5 Millionen Tonnen Rohöl in die Umwelt gelangt.



2008 kam es zu zwei großen Ölkatastrophen sowie zu Menschenrechtsverletzungen im Nigerdelta. Auf den Gewässern im Ogoni-Land schwimmen Ölteppiche, die

den. Nun muss das Unternehmen Schadenersatz zahlen. Konkret sollen zwei Dörfer für die Verseuchung ihrer Äcker entschädigt werden. Die genaue Summe soll noch festgelegt werden. Die Bodenoberfläche und das Grundwasser sind binnen drei Jahren zu reinigen. Außerdem sind marode Leitungen, durch die weiter Öl in die Böden sickert, in Stand zu setzen und mit Leck-Melder auszustatten.

Shell wird weiter beschuldigt, in den 1990er Jahren mitverantwortlich zu sein für schwere Menschenrechtsverletzungen der nigerianischen Regierung an dem Volk der Ogoni. Barinem Kio-
bel, Baribor Bera, Nordu Eawo und Paul Le-
vula, Umweltaktivisten, wurden 1995 zum Tode verurteilt und gehängt. Ihre Witwen forderten lange schon eine Entschädi-



Mangrovenwälder drohen abzusterben, die Fischbestände sind stark dezimiert und viele Fischer haben ihre Lebensgrundlage verloren. Die Bevölkerung leidet unter Atemwegbeschwerden und anderen gesundheitlichen Folgen, die Trinkwasserversorgung ist schwierig geworden. Immer mehr Menschen müssen täglich zu den Tanklastwagen gehen, um frisches Trinkwasser zu besorgen.

Royal Dutch Shell ist für die Verschmutzung haftbar. Das hat Ende Januar das Berufungsgericht in Den Haag entschie-

gung und eine öffentliche Entschuldigung von Shell. Sie machen das Unternehmen verantwortlich. Fünf weitere Männer, unter ihnen der Anführer der Proteste und Schriftsteller Ken Saro-Wiwa, wurden mit den vier anderen gehängt. Seither ist die Gruppe als die Ogoni Nine bekannt. Amnesty International hat die Rolle Shells bei den Tötungen, Vergewaltigungen und den Fällen von Folter, die von der nigerianischen Regierung zur Unterdrückung der Proteste begangen wurden, untersucht und sie bestätigt.

Ich träume nachts von

So, jetzt ist es so weit. Ich habe die Tageszeitung abbestellt. Tesla, Tesla, Tesla!

Seit dem 22km von meiner Haustür entfernt die größte Autofabrik Europas und die größte Batteriefabrik der Welt gebaut wird, verfolgt er mich im Schlaf: Elon Musk!

Mit was der alles in die Zeitung kommt! Überall wo es nach Geld riecht, hat der seine Finger im Spiel. Nun ist er ja auch endlich der reichste Mann der Welt. Der spielt mit uns Monopoly. Mit PayPal fing es an,



dann wurde er Mitbegründer von „Tesla“. Denkt, er könnte sich den Namen des erfindungsreichen Physikers mal unter den Nagel reißen, weil der schon tot ist. Nicola Tesla hatte sich mit Thomas Edison Ende des 19. Jahrhunderts in einen Wettbewerb begeben, wer am besten die großen Städte in den USA elektrifizieren könne. Da ist der Name doch Programm: – wer produziert die meisten E-Autos in der Welt.

Oder auch: – wer besiedelt als erster den Mars. Kleines Hobby von Herrn Musk mit seiner Firma „SpaceX“. Weil, wir brauchen ja Alternativen, wenn die Erde nicht mehr zu gebrauchen ist. Sagt er so.

Er bastelt auch an einem Chip für's Gehirn, damit das Gehirn über Gedanken mit dem Smartphone kommunizieren kann. Oder war's umgekehrt? Über's Smartphone kann man die Gedanken im Gehirn steuern? Wäre ja praktisch für die Generation Marsmenschen.

Na, sein jüngster Sohn hat ja schon mal künstliche Intelligenz in seinem Namen und heißt XAEA-Xii, ist doch ein perfekter Name für einen Menschenroboter.

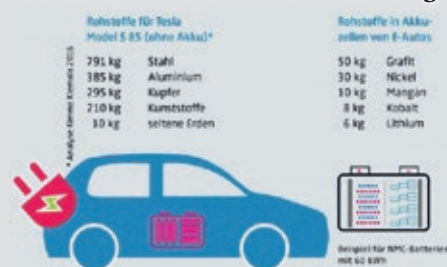
Elon Musk

Geld wird auch schon mal abgeschafft. Autos kauft man jetzt mit Bitcoins. Leider fehlt noch das Kabel zur Sonne, so viel wie viel Energie jeder Transaktion jeweils kostet!

Aber kann mir ja jetzt egal sein, Zeitung ist abbestellt, gucke ich eben Fernsehen.

*NEIN! Auch da Elon Musk! „Turbo, Tempo, Tesla“ in Frontal 21 im ZDF.**

Hui, da gibt es aber kritische Untertöne, da ist Herr Musk „not amused“. „Es wird keine Wasserknappheit geben“ – so seine Reaktion. Interessant, wo will er denn im niederschlag-



sarmen Brandenburg das viele Wasser für seine Produktion herholen. Schließlich sind hier die Gewässer vom Austrocknen bedroht. Aber wahrscheinlich hat er eine Erfindung dafür in seiner Schublade liegen.

Über die Kritik an den mittelalterlichen Arbeitsbedingungen – Gewerkschaften mag er nicht – hat er sich nicht geäußert.

*Oder muss man einen Vogel haben, um das alles zu verstehen?**

Ärgerlich sind nur die 1,4 Milliarden Steuergelder, die in dieses Projekt fließen. Die



Protest gegen Tesla-Fabrik

Erkner 2020

hätte ich doch lieber den Berliner Verkehrsbetriebe gegönnt, damit ich nicht ständig in überalterten S-Bahnen stecken bleibe.

* Sendung vom 16.03.21 – noch in der ZDF-Mediathek – sehr sehenswert

** Axel Vogel ist grüner Umweltminister in Brandenburg und hat sich für die Ansiedlung von Tesla stark gemacht.

Frage: Gibt es überhaupt einen umweltverträglichen Bergbau?

Antwort: Der Abbau von Rohstoffen Untertage oder im Tagebau ist immer ein Eingriff in die natürliche Umwelt und verändert sie mehr oder weniger. Entscheidend ist die Abbaumethode.

Frage: Kannst Du das unseren Lesern etwas erläutern?

Antwort: Die Erdkruste besteht nicht nur aus Stein. In ihr befinden sich wertvolle Rohstoffe in unterschiedlichen Lagerstätten, die durch Millionen Jahre dauernde geochemische Prozesse entstanden sind, sowie ober- und unterirdischen Wasservorkommen der Erde. Die Hydrosphäre umfasst das Oberflächenwasser, das Sickerwasser im Boden, das Grundwasser, in Mineralien eingeschlossenes Wasser, usw. Wir haben also eine geologisch sehr komplizierte Gemengelage vor uns.

Frage: Wie ist das zu verstehen?

Antwort: Über die Jahrhunderte lernten die Bergleute die Gefahren und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt einzudämmen. Bis Ende der 1960er Jahre wurden die beim Abbau der deutschen Steinkohle entstandenen Hohlräume verfüllt. So konnten großflächige Bergschäden und gesundheitliche Gefährdungen in Grenzen gehalten werden. Seit den 1970er Jahren wurde im Untertagebau die Verfüllung nach dem Kohleabbau wieder eingestellt. Wenn dann die Hohlräume unter der Erde einbrachen, kam es über Tage verstärkt zu Bodenabsenkungen.



Frage: Wie ist das mit dem Grund- und Tiefenwasser?

Antwort: Wir müssen zwischen dem Oberflächenwasser, dem Grundwasser und dem Tiefenwasser unterscheiden. Die Bestandteile dieser Wässer sind sehr unterschiedlich und dürfen nicht willkürlich vermischt werden. Über eine ausgeklügelte Wasserhaltung muss dies gewährleistet werden. Erst wenn dieses vernachlässigt wird, wird die Lebensgrundlage für den Menschen gefährdet. Wenn die RAG jetzt die Bergwerke flutet und umstellt auf übertägige Wasserhaltung, bekommen wir eine regionale Katastrophe, es ist nur eine Frage der Zeit. Durch die eingelagerten Giftstoffe potenziert sich das noch.

Frage: Was ist mit den Halden im Umfeld der Bergwerke?

Antwort: Bei der Kohle wird es sehr problematisch, wenn man wie bei einigen angedacht, Müllhalden darauf bauen will. Hierbei entsteht durch den chemischen Prozess mit Salpeter Salzsäure. Krimineller wird dies jedoch noch beim Uranabbau. Bis heute strahlen die radioaktiven Halden der ehemaligen Wismut.

Frage: Ist es nicht besser, wenn man das Material der Abraumhalden zurück führt in die untertägigen Abbaubereiche?

Antwort: Das ist richtig, wird jedoch wegen der anfallenden Kosten auch immer weniger gemacht. Trotzdem kann dieser zurückgeführte Abraum nicht die ursprüngliche Stabilität ersetzen.

Frage: Also ganz ohne Umweltschäden geht es doch nicht.

Antwort: Hier ist es eine Frage der Sichtweise. Erst mal kann man der Umwelt nicht schaden, sondern sie nur verändern. Die entscheidende Frage ist, in wie weit die Lebensgrundlage von Mensch, Tier und Natur in Frage gestellt wird. Der untertägige Bergbau hat, wenn man sorgfältig mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten arbeitet, die geringsten Auswirkungen auf die Natur. Allerdings sollte Kohle nicht länger zur Energiegewinnung genutzt werden. Wir brauchen Kohle als Rohstoff, aber sie muss kreislaufwirtschaftlich eingesetzt werden.



Frage: Im Programm von *Kumpel für auf* heißt es: Kohle „ist auch einer der wertvollsten Rohstoffe einer Zukunftsindustrie“. Kannst Du das bitte erläutern.

Antwort: Kohle besteht zum größten Teil aus Kohlenstoff, welcher gebraucht wird zur Herstellung biokompatibler Kunststoffe wie z.B. Carbon (Kohlenstofffaserverstärkter Kunststoff), als Filter oder auch als Basis für solare Treibstoffe und solare Materialien in Verbindung mit der Erzeugung von Wasserstoff mittels Sonnenenergie.

Frage: Welche Abbaumethoden sind abzulehnen?

Antwort: Rücksichtslose Abbaumethoden im Bergbau sind z.B. der Tagebau oder Fracking. Der Braunkohleabbau Hambach ist der tiefste Tagebau in Deutschland mit Tiefen bis zu 450 Metern. Das erfordert eine gigantische Wasserabsenkung damit die Tagebaugrube nicht vollläuft. Das hat auf die gesamte Region im Umkreis von über 100 km Auswirkungen, z. B. durch die Absenkung des Grundwassers. Mit dem Abraum werden auch radioaktive Stoffe freigesetzt. Es verbreiten sich lebensbedrohliche Feinstäube.

Eine weitere extrem umweltschädliche Abbaumethode ist das Mountaintop Mining, wo ganze Bergspitzen gesprengt werden, um anschließend im »Tagebau« Rohstoffe abzubauen. Da kann schnell das regionale Klima verändert werden.

Grundsätzlich muss der restriktive Abbau von Rohstoffen ohne Rücksicht auf Mensch und Natur angegriffen werden. Wir müssen verantwortungsvoll mit unseren Rohstoffen und der Natur umgehen, um die Lebensgrundlage für uns und den zukünftigen Generationen zu erhalten.

Frage: Andreas, Du bist Hauptkoordinator der internationalen Bergarbeiterkoordinierung, kannst Du uns noch sagen was ihr als nächstes plant.

Antwort: Wir demonstrieren am 5. Juni gegen die Politik der verbrannten Erde der RAG und enthüllen ein Denkmal zum Gedenken an den großen deutschen Bergarbeiterstreik von 1997. Zum einen um an die kämpferische Tradition der Bergleute zu erinnern, sowie deren Lehren und Erfolge. Zum anderen als Auftakt zur Vorbereitung und Mobilisierung zur 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz 2023 in Thüringen/Deutschland.



Die 2. Internationale Bergarbeiterkonferenz verabschiedete im Februar 2017 in Ghodavari/ Indien, ein bedeutsames Kampfprogramm der Internationalen Bergarbeiterkoordinierung. Die Bergleute zeigen damit, dass sie dem Schutz der Lebensgrundlagen höchste Priorität beimessen:

„... Der Kampf der Bergarbeiter um angemessene Lebensbedingungen muss Hand in Hand gehen mit dem Kampf um den Schutz der Lebensgrundlagen. Wir leisten Widerstand gegen das Ausspielen der Arbeitsplätze gegen den Schutz der natürlichen Umwelt und die Spaltung, die damit einher geht. Wir brauchen beides zum Leben.

Kampf der ruinösen schrankenlosen Ausbeutung und unersättlichen Jagd nach Rohstoffreserven durch die kapitalistische Produktionsweise und der Vergeudung und Verschwendung von Rohstoffen durch internationale Bergbau- und Energiekonzerne.

Verbot des extraktiven Tage-Abbaus auf Kosten der Natur und der Bewohner! Weltweites Verbot von Fracking! Drastische Reduzierung des Ausstoßes von Kohlendioxid um der Entwicklung einer bevorstehenden Klimakatastrophe entgegen zu treten. Einsatz der Kohle als Rohstoff, statt sie zu verbrennen! Umweltgerechte Entsorgung von Giftmüll und umweltgefährdenden Stoffen und Verbot der Einlagerung in den Bergwerken! Weltweiter aktiver Widerstand gegen die drohende Umweltkatastrophe ...“

Die Internationale Bergarbeiterkoordinierung hat die Vision einer „weltweit verbundenen Bergarbeiterbewegung, die für sich und ihre Kinder kämpft, dass die Schätze des Bodens, des Wassers und der Lufte denen gehören, die sie durch ihre Arbeit erschließen. Sie sollen eingesetzt werden für ein reiches, würdevolles und gesundes Leben aller Menschen in Einklang mit der Natur – ohne Ausbeutung und Unterdrückung.“



Mondlandschaft – Braunkohle-Tagebau der RWE Power, Panorama Tagebau Garzweiler



Aufbruchstimmung war spürbar erfolgreiche Bundesdelegiertenversammlung der Umweltgewerkschaft (BDV)

Der 2. Bundeskongress der Umweltgewerkschaft tagte am 31.7. und 1.8. 2021 in Berlin mit 66 Delegierten und Gästen. 30 Ortsgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet waren vertreten.

Der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes wurde angenommen und der Bundesvorstand damit entlastet.

Die zukunftsweisenden Auseinandersetzungen waren trotz der fortschreitenden Umweltzerstörung von einer solidari- schen und optimistischen Stimmung geprägt. Statt zurückzuweichen, schlugen die Delegierten eine vorwärtsweisende und kämpferische Richtung ein. Die „Zukunftsaufgaben“ für die nächsten Jahre wurden unter Verarbeitung von 160 Anträgen der Orte verabschiedet.

Der Kassenbericht der Finanzverantwort- lichen und der Bericht der Kassenprüfer*in- nen wurden entgegengenommen und auf der Grundlage die Finanzverantwortlichen entlastet.

Die 66 Delegierten wählten einen neuen 13-köpfigen Bundesvorstand und die drei Kassenprüfer*innen.

Mit drei verabschiedeten Resolutionen positionierte sich die BDV:

- zur Coronapandemie: „Für ein Gesund- heitswesen, in dem der Mensch im Mittel- punkt steht und nicht der Profit!“
- zur Flutkatastrophe: „Solidarität ist unse- re Verpflichtung!“
- zu antikommunistischer Stimmung- mache:
„Erklärung der Bundesdelegiertenver- sammlung zur Auseinandersetzung über die Nähe zur MLPD und der Parteilich- keit!“



Der neue 13-köpfige Bundesvorstand und die drei Kassenprüfer*innen (hier im Bild nicht alle zu sehen) repräsentiert die Umweltgewerkschaft aus Ost und West, Nord und Süd. Er besticht durch seine „Mischung“ aus älteren und jüngeren, erfahrenen und neuen Kräften. 54 % sind weiblich. Alle arbeiten ehrenamtlich. Wie bisher verkörpern Indus- trie-Beschäftigte und Umwelt-Aktive aus anderen Bereichen der Gesellschaft, auch per- sonell, unser Markenzeichen: die enge Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung.

Die Solidarität mit den Betroffenen der Flutkatastrophe wurde sofort in die Tat umgesetzt und die Einsätze im Katastrophengebiet organisiert. Auf der Kundgebung vor dem Hauptbahnhof und auf der Bundesdelegiertenversammlung wurden insgesamt 515,40 Euro gespendet!

(Mehr dazu auf der Homepage der Umweltgewerkschaft: <https://www.umweltgewerkschaft.org/de>)

Einleitungsrede Bundesdelegiertenversammlung (Auszug)

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Markus Söder nennt die Flutkatastrophe einen „Weckruf der Natur“. Wir nennen das eine mutwillig herbeigeführte und von den Hauptverursachern in Banken, Konzernen und Regierungen verursachte Katastrophe mit Ansage. Er und viele Po- litiker sind der Meinung, man dürfe nun bloß keine politischen Debatten führen. Doch, Herr Söder, denn die Menschen, die

bis zu den Knien im Schlamm stecken und alles verloren haben, fragen sich, wie es so weit kommen konnte.

Diese Katastrophe zeigt das Versagen sowohl der Bundes- als auch der Landes- regierungen. Sei Jahren sprechen viele Studien über die Destabilisierung des Jetstreams sowie die riesigen Wassermas- sen, die sich aufgrund der globalen Erwär-

mung in der Atmosphäre befinden und die beim Abregnen zu starken Anschwel- len der Pegel führen. In Verbindung mit einer weitgehenden Flächenversiegelung und dem Verschwinden von Auen führt das zwangsläufig zu Überschwemmungen und wird es auch in Zukunft. Doch tönt Herr Laschet: „Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik!“ Und wie



Kundgebung anlässlich der BDV in Berlin

sah diese aus? Armin Laschet ist als Ministerpräsident in NRW und Mitglied der Kohlekommission für die Fortführung des Braunkohletagebaus bis 2038 sowie der Inbetriebnahme von Datteln IV mitverantwortlich; und er hat zusammen mit Innenminister Reul den größten Polizeieinsatz der Geschichte gegen Umweltaktivisten im Hambacher Wald durchgeführt.

Es ist auch ein Versagen des Frühwarnsystems. Tagelang wurden in den Wettermeldungen Regenmengen von bis zu 200 l/m² vorhergesagt, und für das Ahrtal und die Erft wurde detailliert die Überschwemmung vorausgesagt, doch die Bevölkerung wurde nicht gewarnt. Warum gab es keine Warnungen durch Rundfunk und Fernsehen? Warum wurden die bedrohten Orte nicht evakuiert? Warum gibt es keinen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, der diesen Namen verdient? Ein Grund ist, dass die Regierungen dann zugeben müsste, dass die Klimakatastrophe tatsächlich auf uns zu-

Aber wir sprechen auch von den Hauptverursachern in den Konzernzentralen. Durch den Braunkohletagebau des Energiekonzerns RWE wurde in NRW ungeheure Umweltschäden angerichtet und Ökosysteme zerstört, es wurden gigantische Gruben ausgebaggert und nur teilweise wieder verfüllt, es wurde Grundwasser abgepumpt, Wälder gerodet, Flüsse und Autobahnen verlegt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Stabilität des Untergrunds und kann zu gewaltigen Erdbeben führen, wie wir in Ertfstadt gesehen haben. RWE ist in der Mitverantwortung für die Katastrophe, die die Flut ausgelöst hat.

Wie verlief das Krisenmanagement der letzten Wochen? Wird jetzt vielleicht restlos aufgeklärt, wie es dazu kommen konnte, selbstkritisch Stellung genommen gegenüber der Bevölkerung und sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet? Fehlzeige! Zwar wurden in den Medien die Ursachen beleuchtet und Kritik geübt, doch



Mitglieder der Umweltgewerkschaft leisten Soforthilfe im Katastrophengebiet

rollt und selbstkritisch eingestehen, dass sie wirklichen Klimaschutz bisher nicht durchgeführt, sondern weitgehend verhindert haben.

eine Selbstkritik von der Bundesregierung geschweige denn Sofortmaßnahmen oder weiteren praktischen Konsequenzen wurden nicht gezogen.

Wir befinden uns am Übergang von der Umweltkrise zur Umweltkatastrophe und das ewige Gerede vom 1,5 Grad-Ziel von Paris bewirkt eine trügerische Sicherheit. Wir sind bereits bei 1,2 Grad-Erwärmung in Deutschland angekommen und wir sehen, was schon das für katastrophale Folgen hat. Unwetter werden zunehmen, Überschwemmungen, Waldbrände. Große Teile unserer Wälder sind bereits irreversibel geschädigt oder vernichtet, der Grundwasserspiegel ist vielerorts dramatisch gesunken. Uns drohen sowohl Unwetter und Überschwemmungen wie auch Hitzeperioden, Dürren, Waldbrände und Wasserknappheit. Bereits 2018 gab es laut Deutschlandfunk rund 20.000 Todesfälle durch Hitze,

Wir hören immer wieder von einem Restbudget für CO₂-Emissionen, das wir noch hätten. Aber auch wenn wir sofort alle menschengemachten CO₂-Emissionen stoppen, werden die Permafrostböden weiter auftauen und dabei riesige Mengen an Methan freisetzen, das lässt sich nicht mehr stoppen. Der Amazonas-Regenwald dient nach neuesten Berichten nicht mehr als CO₂-Senke. Es werden noch Millionen Tonnen an CO₂ in die Atmosphäre entweichen, auf die wir keinen Einfluss haben. Die Zunahme an regionalen Wetterextremen der letzten Monate lässt Forscher vermuten, es habe einen Kipppunkt in der Destabilisierung des Jetstreams gegeben.

Wir werden unsere ganze Art zu leben ändern müssen. Energiewende, Mobilitätswende, Kreislaufwirtschaft muss ich hier nicht weiter ausführen, wir wissen das schon lange. Es geht weiter mit dem Städtebau, viele Städte werden bei zunehmender Häufigkeit und Heftigkeit solcher Flutkatastrophen nicht mehr bewohnbar sein. Die Versiegelung der Erdoberfläche muss soweit wie möglich gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden, damit das Wasser versickern kann, Flüsse dürfen nicht in ein enges Korsett gezwängt oder begradigt werden, sie brauchen Überflutungsflächen. Moore müssen als Wasserspeicher renaturiert werden. Das sind aber nur Anpassungsmaßnahmen, wir müssen die Ursachen der Klimakatastrophe bekämpfen und nicht nur Symptome. Wir müssen nicht nur die CO₂-Emissionen stoppen, son-



Mitglieder der Umweltgewerkschaft im Einsatz

den gesamten Raubbau an der Natur, sei es die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, sei es die Zerstörung der Artenvielfalt, sei es der Angriff auf die Gesundheit der Menschheit. Wir müssen klar machen, dass der Konkurrenzkampf im Kapitalismus, die permanent angestrebte Marktführerschaft der Monopole, nur durch rücksichtslose Zerstörung der Natur erreichbar sind.

Wir kämpfen für Sofortmaßnahmen und arbeiten auf eine gesellschaftliche Veränderung hin, „für eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur“ (Grundsatzprogramm Umweltgewerkschaft)

Wir fordern:

- ◆ schonungslose Aufarbeitung aller Fehler und Versäumnisse im Vorfeld der Flutkatastrophe.
- ◆ Die Milliarden Entschädigung, die RWE für die Beendigung des Braunkohletagebaus kassieren will, sind unverzüglich an die Flutopfer auszuzahlen!
- ◆ den flächendeckenden Umbau der Abwassersysteme, Trennung von Regenablauf und normaler Kanalisation, wie Experten es vorschlagen.
- ◆ die Verpflichtung des Bundes zu ökologischem Hochwasserschutz statt das den verschuldeten Kommunen „auf freiwilliger Basis“ zu überlassen,
- ◆ die Renaturierung von Flussbetten und Schaffung von Überlauflächen.
- ◆ Laschet muss sofort zurücktreten!
- ◆ Für eine Gesellschaft, in der die Einheit von Mensch und Natur im Mittelpunkt steht.

Chronische Vergiftung der Bevölkerung ist inzwischen eine Massenerscheinung. Schichtarbeit und Überausbeutung, Luftverschmutzung v.a. in den Städten, Massentierhaltung, durch Lebensmittelkonzerne bewusst herbeigeführte



Foto: Rainer Recke/fotografik

im Gesundheits- und Pflegebereich und in der Bevölkerung.

Umwelt- und Gesundheitskrise hängen eng miteinander

zusammen, bedingen sich gegenseitig, daher ist der Gesundheitsschutz wichtiger Teil unserer umweltpolitischen

Resolution: Für ein Gesundheitswesen, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit!

Fehlernährung, Zunahme von Zoonosen, Zunahme von Pandemien wie Corona, Zerstörung der Wälder, zusam-



Foto: Michael Breyer

Arbeit. Dazu wollen wir auch mit ver.di zusammenarbeiten und zahlreiche neue Mitglieder aus dem Gesundheitswesen gewinnen.

Wir fordern:

- ◆ Kostenloser und ausreichender Gesundheitsschutz für alle! Das Recht auf gesundheitliche Versorgung ist Menschenrecht!
- ◆ Für ein einheitliches Krankenversicherungssystem
- ◆ Gegen Überausbeutung der Beschäftigten im Gesundheitswesen: Neueinstellungen und Erhöhung der Ausbildungsplätze, deutliche Lohnerhöhungen!
- ◆ Erhöhung der Arbeitsschutzmaßnahmen in allen Betrieben.
- ◆ Beseitigung der vielfältigen Ursachen der chronischen Vergiftung der Bevölkerung auf Kosten der Verursacher!
- ◆ Für eine gesunde Ernährung! Schluss mit der Massentierhaltung!
- ◆ Durchsetzung von Maßnahmen zur Beendigung von Pandemien!
- ◆ Aufhebung des Patentschutzes bei wichtigen Impfstoffen!
- ◆ Umfassende Erforschung und Behandlung umweltbedingter Erkrankungen!
- ◆ Umfassende Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit gegen Extremwetterfolgen und Kampf gegen ihre Ursachen!

mengedrängtes Leben in Megacities, Abbau und Privatisierung des Gesundheitswesens und vieles mehr bedrohen Gesundheit und Leben des größten Teils der Menschheit. Trotz großer medizinischer Fortschritte liegen die Gesundheitssysteme in vielen Ländern in Trümmern und die Umweltmedizin fristet ein Schattendasein. Dagegen wachsen weltweit Empörung und aktiver Widerstand bei den Beschäftigten

(verabschiedet auf der 2. Bundesdelegiertenversammlung der Umweltgewerkschaft am 31.7. und 1.8. 2021)

Erklärung der Bundesdelegiertenversammlung zur Auseinandersetzung über die Nähe zur MLPD und der Parteilichkeit

1. Es gibt selbstverständlich eine Nähe zur MLPD, wie zu allen Organisationen, mit denen wir zusammen arbeiten.
2. Wir suchen und fördern diese Nähe und die solidarische Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Parteien, die ernsthaft gegen die herannahende globale Umweltkatastrophe kämpfen!
3. Der Angriff (aus der Nähe zur MLPD einen Vorwurf zu machen) gilt in Wirklichkeit der Überparteilichkeit und weltanschaulichen Offenheit der Umweltgewerkschaft.
4. Angegriffen wird letztlich, dass sich die Umweltgewerkschaft nicht zu anti-kommunistischer Ausgrenzung missbrauchen lässt.
5. Während verschiedene Leute bei Fridays-for-Future vehement mit der Forderung „keine Parteien“ auftraten und von der Bühne mit „keine Extremisten“ die MLPD angriffen und ausgrenzten bis hin, sie mit Faschisten auf eine Stufe zu stellen, findet man jetzt viele von ebendiesen Leuten auf Kandidatenlisten der Grünen zu den Bundestagswahlen. Das belegt, dass sie selbst die Umweltbewegung unerkant beherrschen wollen.
6. Die Umweltgewerkschaft ist nicht parteipolitisch gebunden. Sie ist aber doch parteiisch gegen alle Kräfte der mutwilligen Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.
7. Dementis gegen derartige Vorwürfe haben wir nicht nötig, sondern treten souverän auf. Wir attackieren die bürgerlichen Parteien, die die Umweltbewegung dominieren, in kapitalistische Bahnen lenken und in die Bedeutungslosigkeit drücken wollen.

(verabschiedet auf der 2. Bundesdelegiertenversammlung
der Umweltgewerkschaft am 31.7. und 1.8. 2021)

Kurzbericht vom UG-Solidaritäts- und Arbeitseinsatz im Flutgebiet an der Ahr-Mündung (9.8 bis 13.8.2021)

Auch im Mündungsgebiet der Ahr in den Rhein, im Raum Sinzig und Remagen, gibt es enorme Schäden an Häusern, Brücken und Straßen. Selbst dort, obwohl schon flaches Gebiet, sind 12 Menschen in einem

taminiert. Ein ganz besonderes Problem ist, dass durch die Zerstörung eines großen Getränke-Warenlagers weit über eine Million Flaschen und Plastikflaschen-Gebinde über das Naturschutzgebiet verstreut sind. Die müssen einzeln eingesammelt werden, zusammen mit dem übrigen Müll. Freiwillige Helfer*innen sind jedes Wochenende am säubern und einsammeln, und freuen sich auch unter der Woche über jede weitere Hilfe! Mit einer „Kette“ wurden die Kisten-Haufen aus dem ganzen Wald ruckzuck nach vorn zum Sammelplatz transportiert. Immer wieder schön zu sehen, wie ein organisiertes Kollektiv von Menschen weit mehr leisten kann als die gleiche Anzahl Einzelpersonen!



Eine Million Plastikflaschen einsammeln ...

Heim ertrunken. Darüber hinaus ist das Naturschutzgebiet an der Ahrmündung durch das gigantische Hochwasser mit Schutt und Müll verdreckt und mit Öl kon-

Stimmen von Delegierten

Delegierte Darmstadt:

Ich bin das erste Mal dabei und ein relativ neues Mitglied. Gewonnen wurde ich bei einer Aktion im Dannenröder Wald. Die Delegiertenversammlung ist eine Ansammlung engagierter Menschen, von denen die Energie überspringt und einem die Kraft gibt, weiter zu machen.

Delegierte Magdeburg:

Es war eine Stimmung eines unermüdlichen Optimismus und Kampfesfreude. Das beeindruckt mich immer wieder, gerade wenn am Ort mal wenig passiert.

Delegierter aus Tübingen:

Ich spüre einen deutlichen Willen die Aufgaben anzupacken und neue Mitglieder zu gewinnen. Es ist eine richtige Aufbruchstimmung.

Delegierte aus Düsseldorf:

Früher hatte ich mich nicht getraut Mitglieder zu werben. Ich glaube das ändert sich gerade.

Vertreterin Frauenverband Courage:

Man spürte, dass die Umweltgewerkschaft von der ganzen Basis her lebt. So eine Veranstaltung müsste man alle Jahre machen. Deswegen ist es besonders wichtig, dass die Regionalkonferenzen regelmäßig stattfinden, die Erfahrungen ausgetauscht werden und man sich dort auf im Laufe der Zeit persönlich kennenlernt.

Delegierte Magdeburg/ Kandidatin Bundesvorstand:

Wir müssen unsere demokratischen Rechte viel stärker wahrnehmen. Ohne starke Umweltgewerkschaft geht das nicht. Ich war beeindruckt von der perfekten Organisation und der konsequenten Führung der Versammlung.

Delegierter Gelsenkirchen und Mitglied in der Tierschutzpartei:

Es war sehr positiv, dass die Versammlung mein Anliegen zum Tierschutz und dem Problem der Massentiertransporte aufgegriffen hat. Es war auch ein tolles Erlebnis, die Leute aus anderen Orten kennenzulernen. Ich begrüße den Vorschlag, gemeinsam eine Arbeit der NRW-Gruppen in Datteln zu machen.

Delegierter aus Stuttgart:

Wir müssen dringend mehr Bedeutung erlangen. Und dazu müssen wir lernen souveräner mit dem Antikommunismus umzugehen. Dieser ist in der Krise, nicht wir. Er kann nur noch einschüchtern und spalten.

Delegierte Böblingen:

Ich habe gelernt, dass protestieren alleine nicht immer reicht. Auch praktische Solidarität und Hilfe ist bei der Flutkatastrophe angesagt. Das finde ich sehr gut.

Delegierte aus Augsburg/ Kandidatin Bundesvorstand:

Man spürte den guten Willen und es gab gute Ideen und Maßnahmen zur Gewinnung junger Mitglieder. Mein Eindruck war aber, dass z.T. die Vorgehensweise noch veraltet ist. Die Versammlung war hervorragend organisiert. Ich habe auch neue Impulse für unsere Gruppe mitgenommen. Meine Motivation wurde durch die Teilnahme gestärkt.



Ende 2018 wurde das letzte Steinkohlebergwerk in Deutschland geschlossen. Heute sind noch ca. 1240¹ Bergleute allein bei der RAG mit Nachfolgearbeiten beschäftigt.

Den Vorhaben der RAG haben die kämpferische Bergarbeiterbewegung und ihre Verbündeten mit ihrem breiten Widerstand immer wieder einen Strich durch die Rechnung gemacht. So konnten auch eine Reihe Teilerfolge erkämpft werden; sie machten deutlich: die RAG ist nicht allmächtig.

- 200 Bergarbeiter, die – trotz gegenteiliger Versprechungen – im Jahr 2019 betriebsbedingt gekündigt wurden, konnten mit Erfolg dagegen klagen oder und haben eine 4-fach höhere Abfindung durchgesetzt.
- zahlreiche Bergbau-Rentner haben die beabsichtigte Streichung des Kohle-Deputats (ist Teil ihrer Rente) durchkreuzt,
- Mieter wehrten sich gegen das Verscherbeln von Bergarbeiterwohnungen an Immobilienhaie,
- die Umweltschäden durch PCB, das seit Jahren mit dem Grubenwasser abgepumpt und ungefiltert in die Flüsse geleitet wird, wurden aufgedeckt und der Widerstand organisiert.

Ganz im Gegensatz zu den offiziellen Abgesängen auf den Bergbau prägen die Bergarbeiter weiter das Ruhrgebiet mit ihrer Bergarbeiterkultur, ihrem Zusammenhalt und mit ihren Kampferfahrungen, wie zum Beispiel dem großen Bergarbeiterstreik 1997.

Eine breiter werdende Bewegung akzeptiert nicht, dass sich die RAG aus der Verantwortung stiehlt und „Verbrannte Erde“ hinterlässt, was die RAG zuneh-

mend in Bedrängnis bringt. Unsere Umweltgewerkschaftsgruppe hat von Anfang an mit dazu beigetragen.

Worum geht es bei dem Grubenwasser? Das Wasser konstant abzupumpen gehört zu den „Ewigkeitsaufgaben“, die die RAG loswerden bzw. abwälzen will. Um Kosten zu sparen, will die RAG das Grubenwasser jetzt auf 600 m unter Tage ansteigen lassen. Es besteht die Gefahr einer großflächigen Trinkwasservergiftung, wenn es sich mit dem Trinkwasser vermischt, da in den stillgelegten Schächten über 1,6 Millionen Tonnen Giftmüll liegen. Zugleich können durch den ansteigenden Wasserdruck unterirdische Verwerfungen und Sprünge entstehen, mit noch gar nicht absehbaren Folgen für das gesamte Ruhrgebiet. In Bergkamen gab es dadurch bereits mehrere Erdbeben.

2013 brachte die Bergarbeiterbewegung „Kumpel für AUF“ den Skandal der Giftmülldeponie unter Tage ans Licht und startete eine Unterschriftensammlung, die wir als Umweltgewerkschaft aktiv unterstützten. Bei Bergleuten, die wir an unseren Info-Ständen antrafen, stießen wir manchmal auf Vorbehalte; sie fühlten sich direkt mit angegriffen, und wir mussten klären, dass wir nichts gegen „den Bergbau“ haben, aber einiges gegen die Politik der RAG. Da war es gut, dass auf der Unterschriftenliste auch der Erhalt der Arbeitsplätze gefordert wurde. Das wiederum störte so manchen Umweltschützer, der eigentlich „gegen Kohle“ war. Wir führten ins Feld, dass Kohle nicht verbrannt werden muss, sondern ein wertvoller Rohstoff ist, dass abgesehen davon Bergleute gebraucht werden für Aufgaben in Wasserhaltung und Umweltschutz. Der Auftritt

von Kumpels beim Protest gegen das neue Kohlekraftwerk Datteln IV machte auf die Umweltschützer und die Medien einen großen Eindruck.

Wir Umweltgewerkschafter unterstützen den Kampf um jeden Arbeitsplatz und für die Schaffung gleichwertiger Ersatzarbeitsplätze auf Kosten der Profite. Wir fordern den Umweltschutz ein: die RAG soll das PCB aus dem Wasser filtern, sie soll das Grubenwasser nicht ansteigen lassen, und sie soll für Risiken und Schäden aufkommen, die jetzt schon entstanden sind. Die RAG-Stiftung ist an mehreren Konzernen beteiligt und häuft ein wachsendes Vermögen von mehr als 20 Milliarden Euro an, angeblich für die „Ewigkeitskosten“, und will den Menschen weis machen, es sei kein Geld da für Arbeitsplätze und Umweltschutz! Geht's noch?

Wir haben ganz praktisch erfahren, wie die Lösung von sozialen Fragen und der Umwelt eng zusammengehören. In unseren Redebeiträgen bei den regelmäßigen Bergarbeiter-Demonstrationen gingen wir darauf ein, dass es die Profitwirtschaft ist, die Arbeitsplätze und Umwelt zerstört. Es geht um Vielfalt menschenwürdiger Lebensbedingungen und um die Zukunft der Jugend. Die Umweltbewegung braucht den Zusammenschluss mit den Arbeitern, denn sie sind die stärkste Kraft. Und die Arbeiter brauchen Verbündete. Nicht zuletzt muss die Umweltgewerkschaft länderübergreifend an Stärke gewinnen, und die Internationale Bergarbeiterbewegung hat sich den Kampf um den Erhalt der Lebensgrundlagen auf die Fahne geschrieben und steht dabei in etlichen Ländern mit an der Spitze von Massenbewegungen wie in Indien, Peru und Kolumbien.

Künftig wollen wir noch mehr Umweltbewegte für den Kampf gegen die „Politik der verbrannten Erde“ der RAG gewinnen, uns noch stärker in die gemeinsamen Aktionen einbringen und dabei auch mehr Bergleute und ihre Familien überzeugen, Mitglied der Umweltgewerkschaft zu werden.

¹ Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der RAG, Peter Schrimpf, im Interview mit der WAZ am 7.1.2021. Es gebe spezielle Arbeiten, insbesondere in Ibbenbüren und bei Proper-Haniel in Bottrop und noch weitere Aufgaben im Zusammenhang mit Bergschäden und der Entwicklung ehemaliger Bergbauflächen.

80 Jahre Anwendung der Atomenergie

Atomkraftwerk Grohnde strahlt

Das Ergebnis ist Horror. Für militärische Zwecke wurden zwei Atombomben eingesetzt, zwei japanische Städte zerstört, hunderttausende Menschen getötet. Noch heute sterben Menschen deshalb. Bei Atomwaffentests wurde die Umwelt verseucht. Uran angereicherte Munition wurde in mehreren Kriegen rücksichtslos eingesetzt. Folgen sind Missbildungen und Krebserkrankungen. Vier Atomunfälle sind bei der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie passiert. In Majak, Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima. Große Gebiete sind unbewohnbar geworden. Menschen erkrankten an Krebs. Und die Meiler, die in Betrieb sind, strahlen und bedrohen Gesundheit und Umwelt.

Im Zeitraum von nur zwei Generationen hat sich die tödliche Bedrohung durch die Nutzung der Atomenergie gezeigt. Die gesamte Menschheit steht vor dem Problem, den entstandenen atomaren Müll für mehr als eine Million Jahre lagern zu müssen. Ein bisher unmögliches Unterfangen.¹ Wie über hunderttausend Generationen sich vor dem atomaren Müll schützen sollen, ist gar nicht vorstellbar. Die deutsche Atomindustrie allein hinterlässt 17.000 Tonnen hochradioaktiven Müll.

Die Debatte, dass Atomstrom klimaneutral sei und weiter angewendet werden soll, ist allein schon deshalb unverantwortlich, ja kriminell.

- ⚡ Atomkraft ist die teuerste Art, Strom zu erzeugen. Sie wird immer staatlich subventioniert.
- ⚡ Die Gewinnung von Uran ist verbunden mit der Verseuchung von Böden und Gewässern. Bei Bergleuten und in den Abbaugruben sind die Krebsraten deutlich erhöht.
- ⚡ Die weltweit 400 AKWs liefern lediglich 10 % des Stroms. Es ist also unbedingt notwendig, schnell die Regenerativen auszubauen.
- ⚡ Die Bauzeit eines Reaktors beträgt um die 20 Jahre.
- ⚡ Die Kosten für die Entsorgung und Lagerung des Atom Mülls sind nicht einzuschätzen.
- ⚡ Die Klimabelastung liegt beim Atomstrom bei 104 Gramm CO₂ pro KWh.²

Die Umweltgewerkschaft fordert deshalb in ihrem Programm:

- ⚡ Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber!
- ⚡ Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!

¹ Zum Thema Beseitigung des Atom Mülls: Könnten Thorium Flüssigsalzreaktoren das Atom Müllproblem lösen? Dazu: Atomkraft ohne Risiko? Der Flüssigsalzreaktor | Harald Lesch (Re-Upload) - YouTube
² Aus der Broschüre: Irrweg in der Klimakrise. Verlag: ausgestrahlt.de/shop

Joe Biden, Bill Gates, Boris Johnson und Rolls-Royce setzen auf die Renaissance der Kernkraft mit nuklearen Klein-Atomkraftwerken (SMR = Small Modular Reactors). Rund um den Globus gibt es derzeit rund 70 Projekte zur Entwicklung solcher Atommeiler mit einer Leistung von maximal 300 Megawatt statt ca. 1300 Megawatt bisheriger konventioneller Großkraftwerke. China und Argentinien

Mini-Atomkraftwerke für den Klimaschutz?

wollen solche in den nächsten drei Jahren in Betrieb nehmen. Laut Experten sind sie schneller und kostengünstiger zu bauen. In den USA wurden sie schon während der Regierungszeit von Barack Obama staatlich gefördert, Trump gab den Nukleartechnologie-Unternehmen Nuscale in Oregon Subventionen von 1,4 Milliarden Dollar, Biden will es nun vollenden. Der „Philantrop“ (Menschenfreund) Bill Gates arbeitet seit Jahren mit seinem Unternehmen Terrapower an der SMR-Technik und will uns nun mit Biden und Co mit neuer Atomtechnologie als „Klimaschutz“ beglücken. Gut vereinbar mit dem Pariser Klimaabkommen, denn dieses schließt Atomkraft als Option für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nicht aus, was sie aber gar nicht tun. Die Probleme bleiben die alten: keine Sicherheit, Umweltzerstörung durch Rohstoffgewinnung und ungelöste Endlagerung. Auch die Motive sind die alten, nur betrügerisch als Klimaschutz verpackt: Profitmacherei und Basis für Atomwaffen. Darauf können wir getrost verzichten. Der Kampf gegen AKWs ist noch lange nicht zu Ende!



logie als „Klimaschutz“ beglücken. Gut vereinbar mit dem Pariser Klimaabkommen, denn dieses schließt Atomkraft als Option für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nicht aus, was sie aber gar nicht tun. Die Probleme bleiben die alten: keine Sicherheit, Umweltzerstörung durch Rohstoffgewinnung und ungelöste Endlagerung. Auch die Motive sind die alten, nur betrügerisch als Klimaschutz verpackt: Profitmacherei und Basis für Atomwaffen. Darauf können wir getrost verzichten. Der Kampf gegen AKWs ist noch lange nicht zu Ende!



77 Anti-Atom-Initiativen aus ganz Deutschland, Umweltverbände und die Umweltgewerkschaft unterstützen die Forderung, das ehemalige Bergwerk bei Salzgitter, nicht als Atommülllager zu nutzen. Sie sagen, dass das Projekt KONRAD nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr genehmigungsfähig ist. Details unter: [AMK_Resolution-Schacht-KONRAD_2021-04-08](#)



Verantwortlich für diese Entscheidung ist die BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung). Nach dem Atomgesetz (§ 9a Abs. 3 S. 2 AtG) sowie dem Standortauswahlgesetz (StandAG), hat der Bund die Aufgabe, Endlager für radioaktive Abfälle zu errichten und zu betreiben. Diese Aufgabe hat er der BGE übertragen. Die AKW-Betreiber, die für den 1 Million Jahre strahlenden Atommüll verantwortlich sind, sind mit Hilfe der Politik ihre Verantwortung los.

Die uns folgenden über 30.000 Generationen müssen sich dagegen mit den noch unabsehbaren Folgen auseinandersetzen. Auch die Kosten für die Endlagerung, Standortsuche, Transport etc. werden über öffentlichen Kassen

Wir fordern: Höchste Sicherheitsstandards bei Lagerstätten des Atommülls!

der Bundesrepublik finanziert. Die Energiekonzerne erhalten sogar noch finanzielle Entschädigungen wegen entgangener Gewinne. Motto: Gewinne privatisieren, die Folgekosten muss die Gesellschaft übernehmen.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung forderte schon immer, dass zuerst die Endlagerung des radioaktiven Atommülls geklärt werden muss, bevor weitere Brennelemente hergestellt oder gar

ein AKW betrieben werden darf. Aber nichts ist passiert. Es wird weiter produziert, ohne die Verantwortung zu übernehmen, was mit dem angerichteten Müll passieren soll. Ein Verbrechen an den künftigen Generationen und an der Umwelt. Deshalb müssen auch alle Versuche zurückgewiesen werden, eine Verlängerung der Laufzeit der AKWs durchzusetzen. Die Behauptung AKW-Strom sei klimaneutral, hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Der Atommüll muss nicht „irgendwo hin“, sondern dahin, wo er am sichersten gelagert werden kann. Wir von der Umweltgewerkschaft denken, dass es nach heutigem Stand der Technik, kein Endlager gibt, das jemals sicher ist.

„Hitler hat die Autobahn erfunden“: Die Geschichte der Autobahnen beginnt bereits vor dem 1. Weltkrieg. Nach amerikanischem (Indianapolis) und englischem (Brookland) Vorbild wurde die Rennstrecke AVUS in Berlin konzipiert. Die Bauarbeiten begannen schon 1912, doch fertiggestellt wurde sie erst 1921. Das Konzept „Autobahn“ für den Personen- und Güterverkehr wurde zuerst in Italien realisiert. Bis 1935 waren schon über 400 km weitere Strecken fertiggestellt, die gegen Gebühr ausschließlich von PKW und LKW befahren werden konnten. Trotz aller propagandistischen Mühen wurden in Deutschland vor 1933 nur eine Umgehungsstraße für Opladen (1931-1933) und eine 20 km lange dreispurige Autobahn Bonn-Köln (1929-1932) begonnen. Vor 1933 stimmten die Nazis gegen den Bau der Autobahnen. Nach der „Machtübernahme“ sollte dies sich schnell ändern. Im März 1933 entschied Hitler, dass ein Netz von Autobahnen gebaut werden soll.

„Mit dem Bau der Autobahnen habe Hitler die Zahl der Arbeitslosen gewaltig reduziert“: Der von Hitler im September 1933 vollzogene „erste Spatenstich“ wurde als Medienereignis ohnegleichen inszeniert, um eindrücklich die Gedankenkette einzuprägen: „Hitler – Autobahn – Lösung der wirtschaftlichen Probleme durch technischen Fortschritt“. Durch die Wirtschaftskrise von 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Millionen und nahm dann auf 1,04 Millionen im Jahr 1936 ab. Im Straßenbau wurden schon damals schwere Maschinen eingesetzt und so ist es auch eine Lüge, die Autobahn wäre allein mit der Schaufel gebaut worden. Ohne Maschinen hätte das angestrebte Ziel von 1.000 km Bauleistung pro Jahr nie erreicht werden können.

Von den Nazis wurde der Autobahnbau als Landschaftsgestaltung hoch stilisiert. Durch die damalige Autobahn-Propaganda wurde, wie auch heute noch, das Lebensgefühl vermittelt: die Einheit von Fahren – Tempo – Geschwindigkeit mit schönen Ausblicken auf die Landschaft.



Am 6. August 1932 eröffnete der damalige Kölner OB Adenauer die erste Autobahn in Deutschland

Die „deutsche Autobahn“ Eine Lebenslüge des deutschen Faschismus



Es gibt Wenig aus der Nazi-Vergangenheit auf das viele Deutsche heute noch positiv reagieren: Die Autobahn. Die Propagandalüge von den „Straßen

des Führers“ hält sich hartnäckig. Tatsächlich war der Bau der neuen Verkehrswege nur der kleinere Teil eines Wirtschaftsprogramms, das vor allem auf Rüstung setzte.



Fukushima und Tschernobyl mahnen: AKWs sind todsicher!

Seit das erste AKW vor rund 65 Jahren ans Netz ging, kam es zu Reaktorkatastrophen, viele weitere Reaktoren standen knapp davor. Es gibt bei den Reaktorbetreibern, den Störfall N – wie normal. Tschernobyl und Fukushima haben bewiesen, dass das Atom-Risiko immer noch ein reales ist – auch in Hochtechnologieländern wie Japan. Die Katastrophen dauern bis heute an, „Spätfolgen“ sind die Verseuchung von Land und Wasser mit allen drastischen Auswirkungen.



Über 200.000 Einwohner*innen wurden um Fukushima aus der roten Zone evakuiert, viele leben noch Jahre nach der Katastrophe in Notunterkünften und provisorischen Siedlungen. In der Präfektur Fukushima nimmt die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle weiterhin zu. Arbeiter, die an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, erkrankten an Krebs oder starben an Leukämie. Nur der Wind mit Richtung auf das Meer verhinderte eine großflächige Kontamination Japans, führte aber zur größten je gemessenen radioaktiven Verseuchung der Weltmeere.

Durch den Druck der Bevölkerung mit vielfältigen Aktionen legten einige Länder Atomprojekte auf Eis oder erklärten ein

Ende der Atomkraft. In Deutschland kam es zu den größten Anti-Atom-Protesten. Heute werden angesichts der Klimakrise wieder Stimmen laut, die Abschaltung zurückzunehmen und die angeblich „klimafreundlichen“ Meiler am Netz zu behalten oder technisch neuere kleine Atomkraftwerke ans Netz zu nehmen.

Sechs Atomkraftwerke in Deutschland laufen zum Teil noch bis 2022 – nachzeitigem Stand, denn der Ausstieg aus dem Ausstieg ist keinesfalls ausgeschlossen. So bleibt das Risiko eines Super-Gaus auch in Deutschland erhalten und es sammelt sich nach wie vor strahlender Atom Müll an, für dessen Endlagerung bis heute keine Lösung in Sicht ist. Nukleare Forschungsreaktoren, die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und die Brennelementfabrik im niedersächsischen Lingen sind ohnehin nicht im Ausstiegsplan enthalten. In Büchel/Eifel lagern noch 20 US-Atombomben, jede mit einer Zerstörungskraft von mehr als zehn Hiroshima-Bomben.

Trotz breiter Ablehnung durch die japanische Bevölkerung wurde im Atomkraftwerk Takahama die Kapazität mit Regierungsgenehmigung weiter erhöht. Weltweit sind aktuell über 450 Atomkraftwerke am Netz, mit EU-Subventionen sind in Großbritannien zwei neue Kraftwerke im Bau. Andere Länder wie z.B. China (über 40) und Russland (24 neue Reaktoren) bauen kräftig weiter. Weltweit sind es über 100 neue AKWs. Dabei ging es noch nie nur um Strom – und schon gar nicht um Klimaschutz oder Arbeitsplätze: Die Gewinnung von Uran-235 und Plutonium für Atomwaffen war und ist ein Hauptmotiv!

Die atomare Bedrohung gefährdet dauerhaft die Existenzgrundlagen der Menschheit.

Auf der Homepage der Umweltgewerkschaft ist ein Beitrag von Prof. Dr. Rolf Bertram. Titel: **Radioaktivität auf der Müllkippe – Lebensgefahr für Jahrtausende**
<https://www.umweltgewerkschaft.org/de/l-n/luebeck/1794-radioaktivitaet-auf-der-muellkippe-teil-1.html>

EON und Vattenfall sind in Nöten: Wo kann man am billigsten den Abrissmüll aus einem Atomkraftwerk entsorgen? Die grünen Umweltminister von Schleswig-Holstein, Robert Habeck und sein Nachfolger Jan-Philipp Albrecht, helfen: Der Abrissmüll wird „freigemessen“ und kann dann z.B. für den Straßenbau recycelt und auf Hausmülldeponien gekippt werden. Dabei gibt es nur ein Problem: Eine Mehrheit der Bürger sieht das nicht ein.

Erfolg des gemeinsamen Widerstandes gegen Atommüll auf Hausmülldeponien

Die Umweltgewerkschaftsgruppe Lübeck organisierte seit Sommer 2017 den Widerstand dagegen, zunächst mit einer Unterschriftensammlung (Artikel in „Perspektive“ 2020, S. 17). Nachdem Herr Albrecht keine Gemeinde gefunden hatte, die den Müll freiwillig annimmt, drohte er im Herbst 2020 mit einer Zwangszuweisung von ca. 12.000 t Müll auf die Deponie Niemark in Lübeck und Gremersdorf. Wir luden alle engagierten Parteien und Organisationen zu einem Aktionseinheitstreffen ein – leider ohne Resonanz. Wir nahmen Kontakt zu der kürzlich gegründeten Bürgerinitiative „Lübeck ohne Atomschutt“ (LOA) auf, aber sie brach die Zusammenarbeit wieder ab mit der Begründung, in der Umweltgewerkschaft würden auch MLPD-Mitglieder mitarbeiten. Wir betonten, dass die Umweltgewerkschaft überparteilich ist und Mitglieder aller demokratischen Parteien willkommen sind. Wenn in ihrer Bürgerinitiative ein SPD-Mitglied ist, verletzt das ja auch nicht die Überparteilichkeit. Eine Zusammenarbeit kam nicht zustande. Für den 6. Februar ergriffen wir die Initiative für eine Kundgebung auf dem Markt, etwa 80 kamen. Ein wohlwollender Bericht in den Lübecker Nachrichten machte den Protest breiter bekannt. SPD und CDU hatten im März eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben und siehe da: 58% der Bürger sprachen sich gegen die Deponierung des Atommülls auf Niemark aus, nur 28% dafür – darunter Anhänger der GRÜNEN, FDP und AfD. Nach mehreren vergeblichen Versuchen von Albrecht, die Bürger von der Ungefährlichkeit und Alternativlosigkeit zu überzeugen, erfuhren wir am 11. Mai von seiner Zwangsverordnung. Noch am selben Abend entschieden wir, für den 15. Mai zu

Fortsetzung auf → Seite 25

Tausende von Jahren sollte das „Versuchsendlager“ (ursprünglich sollte die Asse Endlager werden) im ehemaligen Salzbergwerk Asse II in Remlingen bei Wolfenbüttel sicher sein. Das versprochen die Energiekonzerne, staatliche Aufsichtsbehörden, Politiker und Gutachter. Mehr als 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall liegen dort. Außerdem Arsen, Blei, Pflanzenschutzmittel und sogar Tierkadaver. Lange Zeit wurde der Anteil des gelagerten Plutoniums viel zu niedrig angegeben. 2010 hieß es dann 29 kg. Ob das stimmt?

Asse II — der Endlager-GAU

Schon lange ist klar, dass die Asse einzustürzen droht. Die ehemalige Umweltministerin der Kohl-Regierung, Angela Merkel, hat die Asse aber immer als siche-

126.000 eingelagerten Fässer und Gebinde inzwischen Leck schlugen. Fest steht: Radioaktive Lauge sickert aus den Atommüllkammern und langfristig wird Radioaktivität ins Grundwasser gelangen.

Nur wenn die Fässer zurückgeholt werden, lässt sich die Gefahr für Umwelt und Menschen dauerhaft beheben. Nur so lässt sich verhindern, dass radioaktive Strahlung austritt und das Grundwasser kontaminiert. Deshalb soll der Atommüll aus dem maroden Bergwerk geborgen und erst einmal oberirdisch zwischengelagert werden. Noch weiß niemand wie dies technisch gelöst werden kann.

res Endlager dargestellt. Dabei hatte sie bereits 1996 Kenntnis von einem Brief, in dem das Bundesamt für Strahlenschutz vor einer erheblichen Gefährdung für die Bevölkerung durch in den Schacht eindringendes Wasser warnte: Das Voll-Laufen der Asse mit Wasser wird zu einer hundertfach über den zulässigen Grenzwerten liegenden Strahlenbelastung der Bevölkerung führen.

Die Verantwortlichen hätten bereits 1967 gewusst, dass kein Raum in der Grube trocken bleiben werde. Schon damals seien auch Bewegungen der Gesteinsformationen festgestellt worden. Man habe ein nicht unerhebliches Restrisiko in Kauf genommen. Man könne das auch Fahrlässigkeit oder Unverantwortlichkeit nennen. Gefahren seien systematisch ausgeblendet oder beschönigt worden. So der Historiker Dr. Detlev Möller, der seine Doktorarbeit über das Thema Endlagerung geschrieben hatte.

Tag für Tag fließen rund 12.000 Liter salzhaltiges Grundwasser ins Bergwerk. Niemand weiß, wie viele der rund

Die Bundesregierung zahlt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts den Energiekonzernen in Deutschland 2,4 Milliarden Euro unter anderem als „Ausgleich für entgangene Gewinne“ wegen des beschleunigten Atomausstiegs.

Man stelle sich nur mal vor, ein Arbeiter würde den Konzern verklagen, wegen des in den nächsten Jahren entgangenen Lohns aufgrund seiner Entlassung. Die Richter würden ihn auslachen.

ausgeholt werden. Zuvor muss allerdings noch ein neuer Bergungsschacht angelegt werden sowie ein Zwischenlager für den schwach- und mittelradioaktiven Müll. Die Atommüllfässer liegen in 511 Meter bis zu 750 Meter tiefen Schächten.

Die Kosten für die Bergung werden auf vier bis sechs Milliarden Euro beziffert.¹

Die Geschehnisse um die Asse zeigen, mit welcher kriminellen Energie die Konzerne tätig waren. Sie wurden dabei von Politikern gedeckt. Keine und Keiner, auch nicht Frau Merkel, wurde zur Verantwortung gezogen. Eine Schlussfolgerung muss sein, dass wir ihnen nichts mehr glauben und keinen faulen Kompromissen zustimmen.

¹ Angaben Greenpeace Homepage vom 26.3.2021

einer Demonstration aufzurufen. Zweifel gab es schon, ob wir in so kurzer Zeit viele mobilisieren können. Aber wir konnten auf das gewachsene Umweltbewusstsein, eine Empörung über die Zwangszuweisung und unsere Aufklärungsarbeit vertrauen. Wir luden alle Parteien und Organisationen ein, die die Zwangsdeponierung ablehnten. Besonders aktiv mobilisierte die Bürgerinitiative LOA. Knapp hundert Menschen demonstrierten an diesem Samstag durch die Innenstadt. Besonders bemerkenswert war aber die Breite des Teilnehmerkrei-



Kundgebung auf der Demo am 15. Mai in Bremen

ses. Auf der Kundgebung sprachen außer der Umweltgewerkschaft, Vertreter der SPD, der GAL (Grün, Alternativ, Links), von MLPD, Rebell und SSW (Südschleswigscher Wählerverband). Die Bürgerinitiative aus Harrislee (bei Flensburg) schickte eine Solidaritätsadresse. Der antikomunistischen Spaltung zum Trotz hatten wir uns zum gemeinsamen Kampf zusammen gefunden. Nach der Abschlusskundgebung sprach uns ein IG Metall-Vertrauensmann aus einem Lübecker Großbetrieb an, wir sollten mit ihm zusammen die Ortsverwaltung zum aktiven Handeln gegen den atomaren Müll auffordern. Und fünf Interessenten kamen von sich aus an den Stand der Umweltgewerkschaft. Sie wollen Mitglied werden bzw. an unseren Treffen teilnehmen. Wir haben sie gleich danach besucht.

Jetzt mobilisieren wir weiter für einen aktiven Widerstand gegen die anstehenden Atommülltransporte und für die Organisation in der Umweltgewerkschaft. Wir vertrauen nicht auf juristische Schritte, die jetzt einige Bürgerschaftsfraktionen gehen. Sie erzeugen eine Abwartehaltung und sind illusionär. Richter urteilen auf Grundlage von Gesetzen, die der grüne Umweltminister Trittin 2001 auf den Weg gebracht hat. Ein Zeitungskommentator äußerte kürzlich seine Besorgnis: **Wenn Bürger sich schon so stark gegen schwach radioaktive Stoffe wehren – was passiert dann erst bei der Lagerung von hoch radioaktiven Stoffen?**

Der Wahnsinn mit der Müllverbrennung¹

417² Millionen Tonnen Abfälle wurden 2018 in Deutschland produziert. Das war ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent.

Die Abfallzahlen kennzeichnen das zerstörerische Wesen der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist ausgerichtet auf Verschleiß. Produkte sollen möglichst schnell weggeworfen und durch neue ersetzt werden. Stoffe, die nicht mehr „verwertbar“ sind, werden zu „Müll“ deklariert, um sie zu „entsorgen“. Rohstoffe und Natur werden rücksichtslos ausgebeutet und zerstört, Menschen aus ihrem Lebensumfeld vertrieben und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Die Abfallverbrennung nimmt zu

In Deutschland steigen zwar die Recyclingquoten, gleichzeitig wird aber immer mehr verbrannt. Verbrannt werden hauptsächlich Siedlungsabfälle (aus Haushalten) sowie Gewerbe- und Industrieabfall. Daneben wird Sondermüll verbrannt. Für die Bundesregierung ist Verbrennung eine „tragende Säule der Abfallentsorgung in Deutschland.“³ In der BRD wurden 2017 über 26 Millionen Tonnen Abfälle in 68 Verbrennungsanlagen und 30 sogenannten „Ersatzbrennstoffwerke“ (EBS) verbrannt. Dazu kamen weitere rund 22 Millionen Tonnen, die in Sondermüllverbrennungsanlagen, Zementwerken oder Kohlekraftwerken verbrannt wurden. Insgesamt 48 Mio. (!) Tonnen.

Verbrennung: ein sehr profitables Geschäft

Die Gewinnspannen sind riesig wie die Unterschiede zwischen den geforderten Müllgebühren und den Kosten für die Betreiber von Verbrennungsanlagen zeigen (s. nebenstehende Grafik →).

Verbrennung vergiftet Gesundheit und Umwelt

Die Betreiber und Befürworter sprechen von „thermischer Verwertung“ und behaupten, es gäbe keine gesundheitliche Gefährdung oder negative Auswirkungen für die Umwelt. Aber

allen diesen Anlagen ist gemeinsam, dass bei der Verbrennung unkontrollierbare giftige Verbindungen entstehen, die als Gase, Feinstäube oder als Feststoffe in die Umwelt gelangen. Enorme Mengen Energie werden aufgewandt, um die verschiedenen Stoffe in den Verbrennungsöfen auf Temperatur zu bringen. Der Wirkungsgrad der so erzeugten Energie liegt in den Anlagen in Deutschland bei 9 % elektrischer und 26 % thermischer Energie. Also ein sehr schlechter Wirkungsgrad.

Es wird damit geworben, dass durch die Verbrennung die Abfallberge sozusagen kleiner werden. Das MHKW in Kassel behauptet: Das Abfallvolumen verringert sich durch die Verbrennung des Abfalls um ca. 90 %. Auf diese Weise trägt das MHKW bereits seit vielen Jahren zur Reduzierung des Deponievolumens bei. Stimmt das?



Tatsächlich entsteht bei der Verbrennung von 1 Tonne Müll:

- 300 – 400 kg Asche/Schlacke
- 200 l verschmutztes Wasser

- ca. 5000 m³ giftige Abgase
- Feinstäube mit 300 x größerer Fläche als der ursprüngliche Abfall
- Emission von ca. 100.000 verschiedenen Chemikalien
- davon ca. 10.000 verschiedene halogenierte Kohlenwasserstoffe
- ca. 100 verschiedene Ultragifte, wie Dioxine und Furane⁴

An diesen verschiedenen Folgen der Verbrennung ändern grundsätzlich auch Anlagen nichts, die eine andere Filtertechnik haben. Die „Luftreinhalte“ Gesetze sind reine Augenwischerei. In der entsprechenden 17. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchG) werden von 10.000-enden von emittierten Giftstoffen überhaupt nur ca. 40 erfasst. Die Messvorschriften für das Ultragift Dioxin sind so gemacht, dass Grenzwerte scheinbar eingehalten werden. Die Gifte aus den Feinstauboberflächen werden nicht erfasst. Es ist ein Skandal, dass Abfallverbrennung weiter durchgeführt werden darf und die gefährlichen Folgen verheimlicht und geleugnet werden. Die BRD-Regierung ist verantwortlich, dass die Bevölkerung und unsere natürliche Umwelt systematisch vergiftet werden.

Schlacken und Filterstäube – hochgiftiger Sondermüll

Was aus den Schornsteinen kommt ist eine Sache, was am Ende der Verbrennung übrigbleibt, eine andere. Neben der Verseuchung der Umwelt durch verschiedene Gase, giftige Feinstäube, CO₂ etc. ist auch die Beseitigung der anderen Verbrennungsreste eine Gefährdung der Umwelt. Die sogenannten Abgasreinigungsabfälle werden in Salzbergwerken als Untertage-Versatz (Auffüllen von Hohlräumen) oder in Untertage-Deponien gelagert. Hartmut Behnsen, Geschäftsführer des VKS (Verband Kali- und Salzindustrie), erklärt: „Deutschland verfügt mit seinen zahlreichen Kali- und Salzbergwerken über wertvolle Ressourcen, um eine langzeitsichere und umweltschonende Entsorgung dieser gefährlichen Abfälle zu gewährleisten.“⁵ Man gibt also zu, dass es sich um „gefährliche Abfälle“ handelt. Jährlich müssen 350.000 Tonnen

der giftigen Filterstäube unter hohen Sicherheitsbedingungen in Salzlösungen verflüssigt und dann in einem der Bergwerke in Bleicherode in Thüringen vergraben werden. Von fünf Millionen

Für Kreislaufwirtschaft – aber wie?

Eine umfassende Kreislaufwirtschaft ist die einzige Alternative gegen Abfallberge und Raubbau an natürlichen Rohstoffen und Umwelterstörung. Stoffe müssen erhalten bleiben, so dass sie wieder verwendet oder auf natürliche Weise zersetzt werden können. Die natürlichen Ressourcen müssen geschützt werden. Ein anderes Konsumverhalten und ein Bewusstsein über die persönliche Verantwortung für den Schutz unseres Planeten sind notwendig. Vor allem muss über Alternativen zur zerstörerischen kapitalistischen Produktionsweise gesprochen werden.

Die Lausitz Energie AG (LEAG) möchte am Kraftwerkstandort Jänschwalde eine der größten Müllverbrennungsanlagen (MVA) Deutschlands errichten. Mehrheitseigentümer der LEAG ist zu je 50 Prozent der tschechische EPH-Konzern des Milliardärs Daniel Křetínský und PPF Investments (Jersey) mit dem Hauptanteileigner Tomas Brzobohaty. Ab 2025 sollen hier bis zu 480.000 Tonnen Abfälle und Klärschlamm jährlich verbrannt werden. Neben klimaschädigendem CO₂ werden Giftstoffe wie Dioxine, Furane emittiert. Gegen den Bau gibt es massiven Widerstand aus den umliegenden Dörfern. Die Redaktion der „Perspektive“ sprach mit Heide Schinowsky vom „Aktionsbündnis contra MVA“:

Keine Müllverbrennungsanlage im Jänschwalde!

Redaktion: Ihr habt von Anfang an gegen den Bau protestiert!

Heide vom Aktionsbündnis: Als erstes hatten wir eine Umfrage in unseren zwei direkt angrenzenden Dörfern Heinersbrück und Jänschwalde organisiert. Das Ergebnis war breite Ablehnung in der Bevölkerung! Zu unserer Info-Veranstaltung im September 2020 kamen dann über 150 Leute; dort entstand auch das Aktionsbündnis. Zum Symbol unseres Widerstands sind die lila Kreuze geworden, die inzwischen an vielen Häusern und Gartenzäunen in den umliegenden Orten hängen. Im März diesen Jahres haben wir unseren Protest mit 50 lila Kreuzen nach Cottbus getragen, ins Herz der Lausitz. Lila steht für Emanzipation, für die Lösung von Dogmen des



Müllkran in der MVA/„Recyclinghof“ Hamm

Tonnen Schlacken werden eine Million als Ersatzbaustoff in Lärmschutzwällen und im Straßenbau verwendet, der Rest

Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es:

- Für Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfproduktion – Förderung der Müllvermeidung und Verbot der Müllverbrennung!
- Für eine Pilotanlage für Kryo-Recycling zum vollständigen Recycling von Kunststoffen, Elektroschrott und Autoreifen!
- Gegen Raubbau an natürlichen Ressourcen und zerstörerische Abbaumethoden!
- Keine Giftmülldeponierung unter Tage!

unterirdisch deponiert. Der Einsatz als Ersatzbaustoff ist in der Schweiz übrigens strikt verboten. Da sich auch diese giftigen Abfälle nicht in nichts auflösen, bleiben sie eine Bedrohung für die Umwelt und damit für uns Menschen.

In Albstadt und Jänschwalde formt sich der Widerstand

Derzeit werden neue MVAs in Albstadt und Jänschwalde geplant. Bürgerinitiativen leisten Widerstand dagegen. Notwendig ist über den lokalen Widerstand hinaus, dass ein bundesweites Verbot der Müllverbrennung durchgesetzt wird.

- 1 Wir verwenden den Begriff Abfall und nicht Müll.
- 2 zdf heute 28.9.2020
- 3 Müllverbrennung BMU
- 4 Prof. Dr. C. Joos: Müllverbrennung: Beitrag zum Umweltschutz oder schlechende Vergiftung für Mensch und Natur?
- Microsoft PowerPoint – joos-vortrag MVA Buetzfleth-v2 (100-strom.de)
- 5 120417_VKS_VBGU_Prognos_PM_Untertage-Entsorgung.pdf





Dörfer bauen lila Kreuze: NEIN zur MVA!

klimaschädlichen Umgangs mit Energie und Ressourcen. Statt des Ausbaus von Deponierung und Müllverbrennung brauchen wir mehr Recycling sowie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft.

Redaktion: Oft werden solche Projekte und gerade in der Lausitz als Mittel des Strukturwandels, Schaffung von Arbeitsplätzen oder Versorgungssicherheit verkauft.

Vertreterin Aktionsbündnis: Das Gegenteil ist der Fall: Die MVA würde den Strukturwandel behindern! Ein Riesenproblem unserer Region ist der Fachkräftemangel – aber wer möchte mit seiner Familie schon freiwillig in die Nähe einer MVA ziehen? Zudem sollen hiermit nur 50 Arbeitsplätze entstehen; das überzeugt niemanden. Außerdem hat erst jüngst das Brandenburger Umweltministerium bestätigt, dass die Anlage mit Blick auf die anfallenden Abfälle nicht benötigt wird. Und auch für die entstehende Wärme gibt es keinen Bedarf. Einer unserer zentralen Kritikpunkte ist die Klimaschädlichkeit der MVA: Sie soll fast 600.000 t CO₂ jährlich ausstoßen – in Zeiten der Klimakrise ein absolutes Unding.

Redaktion: „Müllkippe der Nation“... woher kommt der Müll?

Vertreterin Aktionsbündnis: Laut aktueller Rechtslage darf der Müll grundsätzlich leider aus ganz Europa angeliefert werden. Die LEAG spricht zwar von der „Verwertung regionaler Siedlungsabfälle“; Nachweise bzw. Verträge hierfür wurden bisher allerdings nicht vorgelegt. Und auch der Ersatzbrennstoff (EBS), der noch bis zur endgültigen

Abschaltung 2028 im Kraftwerk mitverbrannt wird (ursprünglich ca. 500.000 Tonnen jährlich), wird zukünftig in diesem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen: Aus Berlin wurden bisher ca. 250.000 Tonnen EBS nach Jänschwalde gebracht. Die Stadt hat in ihrem Klimakonzept allerdings angekündigt, EBS zukünftig selber nutzen zu wollen.

Redaktion: Welche weiteren Schritte habt ihr unternommen?

Vertreterin Aktionsbündnis: Unterstützt von Umweltverbänden, vor allem dem Brandenburger BUND und erstellt von einem Gutachter und einer Rechtsanwältin haben wir eine Einwendung mit Hinweisen auf erhebliche Mängel in den Antragsunterlagen eingereicht – und waren damit erfolgreich: Die Anlage ist laut Landesumweltamt aktuell nicht genehmigungsfähig. Die LEAG musste Unterlagen nacharbeiten; jetzt geht das Projekt in die zweite Auslegung, was eine Verzögerung des Projektes um mindestens ein Jahr bedeutet. Ein wichtiger Teilerfolg für uns! Falls die Genehmigung kommen sollte, prüfen wir gemeinsam mit dem BUND, dagegen zu klagen. Hierfür sammeln wir Spenden; wir rechnen mit Kosten in Höhe von ca. 20.000 Euro. Jede Unterstützung ist willkommen! Dank offensiver Pressearbeit ist das Aktionsbündnis inzwischen nicht nur in der Region gut bekannt. Zuletzt haben wir mit einem Brief an das Brandenburger Umweltministerium auf die Klimaunverträglichkeit der MVA hingewiesen und zum Handeln aufgefordert. Für Mitte August bereiten wir gerade die nächste Infoveranstaltung in Jänschwalde vor, die wahrscheinlich auch online übertragen wird.

Redaktion: Bei einer Online Veranstaltung mit Prof. Jooß, Göttingen, zum

Thema Müllverbrennung beteiligte sich auch eine ähnliche Initiative aus Albstadt. Wäre eine bundesweite Vernetzung nicht sinnvoll?

Vertreterin Aktionsbündnis: Auf jeden Fall! Bundesweit werden riesige Mengen Abfall verbrannt, die eigentlich recycelt werden könnten. Wir müssen auch bundesweit an einem Strang ziehen, um die dringend notwendigen gesetzlichen Änderungen auf Bundesebene durchzusetzen. Am wichtigsten ist es, dass die Genehmigung neuer MVAs nicht mehr nur auf Grundlage vom Bundesimmissionsschutzgesetz erfolgt, sondern ebenso die Klimarelevanz einbezogen wird, sowie der Nachweis des Bedarfs mit Blick auf die Abfälle zur Genehmigungsvoraussetzung wird.

Redaktion: Wie kann Euch die Umweltgewerkschaft unterstützen?

Vertreterin Aktionsbündnis: Erst einmal möchten wir uns sehr herzlich für die bisherige Unterstützung bedanken! Insbesondere bei Prof. Jooß für die gemeinsame Veranstaltung. In unserem Kampf gegen die MVA hoffen wir aktuell auch sehr auf finanzielle Unterstützung für die Klage. Gemeinsam sollten wir die eigentliche Herausforderung anpacken: Auf einer der letzten Fridays for Future Demos vor Corona war der Slogan „Raus aus Atom, Kohle, Gas und Müll“ auf einem Banner zu lesen. Und genau darum muss es jetzt gehen: Der hohe CO₂-Ausstoß der Müllverbrennung ist in Klimadebatten bisher kaum Thema – das sollten wir gemeinsam ändern.

Redaktion: Danke für das Interview. Wir wünschen eurem Widerstand viel Erfolg.

<https://www.aktionsbueundnis-contra-mva.de/index.php/wir-zeigen-kreuz>

„... aber irgendwo muss doch das ganze Zeug hin“



Im Zusammenhang mit der Müllverbrennung kommt immer wieder das Argument „aber irgendwo muss doch das ganze Zeug hin“.

Besser wäre es unserer Meinung nach, diese Frage würde bereits bei der Herstellung eines Produktes gestellt und nicht dann, wenn es aussortiert werden soll.

Bei der Herstellung der Brennstäbe für den Atomstrom war es den Energiekonzernen einfach Wurst. Bei der Herstellung der meisten Kunststoffe ebenfalls. Egal ob sie im Meer oder in der Verbrennung landen, in beides gehören sie nicht.

**Gegen
Müllverbrennung
in Albstadt!**

openPetition



Hier direkt
Online-Petition
zeichnen, oder auf
der Rückseite
unterschreiben!

Unterstützen Sie aktiv die Bürgerinitiative
mit Ihrer Unterschrift
„Gegen Müllverbrennung in Albstadt“
am geplanten Standort



Giffige Rauchgase sammeln sich in Albstadts Tälern!

Der Wertverlust Ihrer Immobilie beträgt -30%

Müllmetropole anstatt Natur- und Sportstadt Albstadt!

Kein kommunaler Nutzen für den einzelnen Bürger, aber eine vergiftete Umwelt!

Ersatzbrennstoffe sind Gewerbeabfälle und keine erneuerbaren Energieträger!

Die Gefahr tagelanger Großbrände steigt immens!

Keine zwei Müllverbrennungsanlagen in unmittelbarer Nähe!

Fernwärme ist reine Theorie!

Die Abgassäule ist weithin sichtbar!

Es hat sich herumgesprochen, Müllverbrennungsanlagen sind nicht beliebt wegen des Gestanks, der unendlichen Gifte, die den Schornstein verlassen, und weil sie zu den fossilen Verbren-

recyclen. Peak Oil ist längst überschritten¹ und Öl, Gas oder Kohle sind viel zu wertvoll, um sie sinnlos zu verbrennen. Deshalb ist das Recycling von Kunststoffen das Gebot der Stunde. Einem Recyc-

Bunkerbrand bei Korn

„Dort lodern weiße Flammen. Mehr als 1000 Grad Hitze sind es, die dort herrschen. An der Frontseite springen Glasstücke auf die Straße. Die Hitze drückt sie heraus. Nur eine halbe Stunde später schirmen die Floriansjünger die Stelle komplett ab. Die Wand droht einzustürzen. Nach über einer Stunde, in der das Feuer gewütet hat, ebbt das Flammenmeer etwas ab. Stattdessen steigt dichter Qualm – schwarz, weiß, grau – in den Himmel und zieht zunächst westwärts, weg von der Innenstadt. Ein Feuerwehrmann humpelt vorbei, begleitet von einem der 25 Rotkreuzhelfer, die in dieser Nacht im Einsatz sind.“

SCHWARZWÄLDER BOTE VOM 1.11.2009

„Sachschaden in hoher fünfstelliger, wenn nicht sechsstelliger Höhe dürfte am Donnerstagnachmittag bei einem Brand in der Halle drei der Firma Korn Recycling unter dem Ebinger Malesfelsen entstanden sein.“

SCHWARZWÄLDER BOTE VOM 6.3.2020

„In einer Halle hatte, so informierte Angele, ein Kran aus noch nicht bekannten Gründen Feuer gefangen. Das Feuer hatte auf einen der so genannten, rund zehn Meter tiefen und neun Meter breiten Bunker übergegriffen, in dem Abfall lagert.“

SÜDWEST PRESSE VOM 1.10.2020

nern gehören, die man aus Klimagründen gerade abschaffen will.

Deshalb hat sich die Firma Korn etwas einfallen lassen und bewirbt die klimaschädliche Giftschleuder als „sichere Energieversorgung in unserer Region“ (Axel Korn auf der Homepage der Firma Korn); ebenso der künftige Finanzier Robert Kling von der Volksbank Albstadt mit „was Zukunft und Energiewende von uns fordern“.

Während Millionen Menschen auf der ganzen Welt den schnellstmöglichen Ausstieg aus der fossilen Verbrennung fordern, wollen die beiden zusammen mit der Firma Groz Beckert ein neues Geschäftsmodell damit aufbauen.

Müllverbrennung gehört weder zur Zukunft noch zur Energiewende. Müll brennt nur, wenn genügend brennbare Stoffe darin enthalten sind. Besonders beliebt sind Kunststoffe aller Art, deshalb werden die Inhalte der Gelben Säcke gerne verheizt, statt den Inhalt zu

linghof, wie der Firma Korn, würde dies eigentlich gut zu Gesicht stehen.

Müllverbrennung ist, rein chemisch gesehen, ein chaotischer Prozess, wodurch tausende neue und zum Teil hochgiftige Stoffe entstehen bis hin zu Chlorverbindungen, Schwermetalle, Furane und Dioxine. Diese werden entweder in die Luft geblasen und über Albstadt angehängt an Feinststäuben verteilt. Bis zu 40% der verbrannten Stoffe werden als Schlacke oder Stäube in Filtern aufgefangen und müssen in unterirdischen Hochsicherheits-Deponien bis zum Ende aller Tage eingelagert werden, was Landrat Günther-Martin Pauli gerne als „energetische Verwertung unseres eigenen Abfalls“ darstellt.

Korn beteuert, alle Grenzwerte würden eingehalten. Diese Grenzwerte sind aber fragwürdig, wenn nur 40 von über 1.000 Stoffen gemessen werden und die Grenze der Belastbarkeit unserer Erde und ihrer Atmosphäre längst erreicht ist.

Gegen die geplante Anlage hat sich deshalb relativ schnell eine Bürgerinitiative „Gegen Müllverbrennung in Albstadt“ gegründet und bereits mehr als 3.800 Unterschriften gegen die als Müllheizkraftwerk getarnte Müllverbrennungsanlage gesammelt. Dadurch ist das Vorhaben einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden und eine Diskussion über für und wider entstanden. Natürlich ist es besser, wenn auch Strom oder Fernwärme dabei erzeugt werden. Besser ist jedoch, wenn Strom aus regenerativen Quellen erzeugt und der Ausstieg aus den fossilen Energien schnell erreicht wird, statt ihn mit solch zerstörerischen Methoden zu verlängern.

Natürlich werden durch eine Müllverbrennungsanlage Arbeitsplätze geschaffen. Aber ist es nicht viel besser Arbeitsplätze durch Kunststoff-Recycling zu schaffen, um damit auch künftigen Ge-



Übergabe der Unterschriften gegen die MVA

nerationen Arbeitsplätze mit Kunststoffen zu gewährleisten? Gemeinsam mit Groz Beckert könnten sie eine Pilot-Anlage für Kryo-Recycling aufbauen.

Wegen der mehr als 100 Tage im Jahr vorherrschenden Inversionswetterlage im engen Ebinger Talkessel haben sich der Oberbürgermeister und eine Mehrheit im Gemeinderat mehrfach öffentlich klar gegen diesen Standort ausgesprochen. Das darf aber nicht heißen, Korn solle seine Anlage wo anders bauen.

Es muss noch viel diskutiert werden und die Bedingungen für öffentliche Protestaktionen werden sich auch wieder verbessern. Noch ist die Anlage nicht gebaut!

Statt Müllverbrennung – Müllvermeidung und Recycling! Für eine Pilot-Anlage für Kryo-Recycling! Sorgfältiges Umgehen mit den endlichen Ressourcen statt sie aus Profitgründen zu vernichten!

¹ Das Fördermaximum für konventionelle Förderung wurde bereits 2005 erreicht. Durch extrem umweltschädliche und deshalb abzulehnende „unkonventionelle Ölförderung“, wie etwa durch Fracking oder Tiefseebohrungen soll Peak Oil in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts erreicht werden.

Antwort zur Kritik am Artikel

„Ist Ken Jebsen ein Nazi-Flüsterer?“

Ein ehemaliges Mitglied hielt die Kritik an Ken Jebsen im Magazin 2020 für übertrieben. Die Redaktion nimmt noch mal Stellung.

Wir von der UG kritisieren an den staatlichen Coronamaßnahmen, dass vor allem die großen Hotspots, die Betriebe, nicht geschlossen werden. Es wird nichts oder zu wenig getan, um Arme, sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche und Erwachsene, viele Selbständige oder chronisch Kranke zu unterstützen. Beschäftigte in Krankenhäusern, Pfl-

ist ein Vertreter antisemitischer Verschwörungstheorien, bekannter Trump-Fan und erklärt die Corona-Pandemie zu einer von Bill Gates initiierten Verschwörung. Die Pandemie zu leugnen oder von einer Verschwörung zu reden, halten wir für eine bewusste Irreführung und für absolut unverantwortlich.

Die rechte Szene in der BRD nutzt die Unsicherheit und auch die Unzufriedenheit von Menschen, um sich als Kämpfer für demokratische Rechte aufzuspielen. Das ist sie aber nicht. AfD, Neofaschisten u.a. sind rassistisch und nationalistisch, sie spalten. Notwendig ist aber genau das Gegenteil: Solidarität. Mit den Opfern der Pandemie hier und auch weltweit. Wo Faschisten oder extreme Rechte in bürgerlichen Regierungen wie z.B. in der Türkei, Brasilien etc. das Sagen haben, werden demokratische Rechte abgebaut, demokratisch und links Denkende verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Rücksichtslos werden in Brasilien z.B. die Interessen der Agrarkonzerne durchgesetzt. Die indigene Bevölkerung wird aus ihren Lebensräumen vertrieben und ihr Protest brutal unterdrückt.

In Deutschland haben die Hitlerfaschisten im Interesse des Kapitals die Arbeiterbewegung terrorisiert, Demokraten und Kommunisten ermordet und in

Ken Jebsen hat auf einer Demo, die von Querdenkern in Stuttgart organisiert wurde, zwei entlarvende Sätze gesagt: „Ihr seid die kritischen S 21 Gegner. Deshalb bin ich extra zu euch gekommen.“ Anschließend sagte er: „Ich kenne keine Rechten und keine Linken mehr, ich kenne nur noch Euch!“ Hier wird eine Absicht der Querdenker-Bewegung deutlich. Man will kritische und kämpferische Leute mit einspannen und in reaktionäre Richtung lenken.

Mit Ultrarechten und Faschisten darf es aber keine Gemeinsamkeiten geben. Von ihnen muss man sich inhaltlich und auch organisatorisch klar abgrenzen. „Auf dem Weg an die Front (...) spielt es keine Rolle, ob du auf der rechten oder linken Seite marschierst“, so Jebsen.

Doch, für demokratisch denkende Menschen muss das eine Rolle spielen.

Die Pflicht eine Maske zu tragen und Abstand zu halten, ist natürlich eine Einschränkung. Diese Einschränkung aber einfach abzulehnen, ist verantwortungslos. Freiheit heißt nicht, nur seine individuellen Interessen durchzusetzen und keine Verantwortung zu übernehmen.

In der Querdenkerbewegung sind bekannte Rechtsradikale aktiv. Jürgen Elsässer, Herausgeber des ultrarechten Hetzblattes „Compact“. Ken Jebsen, der den Rechtsradikalismus als „das kleinste Übel in diesem Land“ bezeichnet. Der als Holocaustleugner vorbestrafte »Volkslehrer« Nikolai Nerling u.a.

Die Organisatoren der Querdenkerbewegung und Teile der Coronaleugner verstellen den Blick für die wirklichen Ursachen der Pandemie. Sie ist Folge der Umweltzerstörung, die das kapitalistische Profitsystem verursacht. Wir von der Umweltgewerkschaft

denken, dass die Zerstörung unserer und der Lebensgrundlagen der künftigen Generationen verhindert werden muss. Mit solchen Kräften ist das nicht möglich.



ger*innen und Menschen in anderen für die Versorgung wichtigen Tätigkeiten müssen weiter unter teilweise unerträglichen Bedingungen und für wenig Geld arbeiten. Statt aber die Bevölkerung auch finanziell zu entlasten, werden Konzerne mit Steuergeldern unterstützt und steuerlich entlastet. Politiker und Unternehmer bereichern sich sogar an Schutzausrüstungen.

Für uns steht außer Frage, dass die Pandemie eine Bedrohung für die Menschheit ist und ihre Ursache hat in der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt. Wenn die Umweltzerstörung weitergeht, werden solche Pandemien auch zukünftig auftreten. Eine Schlussfolgerung aus der Pandemie muss deshalb sein, sich verstärkt für den Schutz und Erhalt der natürlichen Umwelt einzusetzen und von der Politik rasch umfassenden Maßnahmen zu fordern. Ken Jebsen

Karikatur von Kostas Koufogiorgos aus Verdi Medienpolitik



KZs inhaftiert. Von „Corona-Diktatur“ zu reden, wie das bestimmte Lautsprecher der Querdenker-Bewegung tun, ist eine bewusste Verharmlosung dessen, was eine wirklich offen terroristische Diktatur für viele Menschen bedeuten würde.



Peru ist von der Corona-Pandemie ebenso schlimm betroffen wie Brasilien. Obwohl schon im März 2020 eine Ausgangssperre verhängt wurde, stiegen die Infektionszahlen dramatisch an. Ein Gesundheitswesen für die breite Masse existiert praktisch nicht. 70 % der Menschen leben von sogenannter informeller Arbeit. Das heißt, sie haben keine feste Arbeit - sie sind Tagelöhner oder verkaufen etwas auf der Straße oder auf dem Markt. Viele haben ihre Arbeit verloren.

SPENDENSAMMLUNG FÜR DIE GÄRTEN DER SOLIDARITÄT

Spendendaten:

IBAN: DE86 5019 0000 **6100 8005 84**

BIC: FFVB DEFF (Frankfurter Volksbank)

Kontoinhaber: Solidarität International e.V.

Stichwort: Gärten der Solidarität

Für eine Masse von Menschen stellt sich jetzt die Frage: Sich infizieren oder verhungern? In dieser Situation hat die Umweltorganisation Canto Vivo ein der Situation angepasstes neues Projekt begonnen, die **huertos solidarios** (Gärten der Solidarität). Sie leitet Menschen in den Städten und auf dem Land dazu an, Gemüse in Hausgärten, auf Terrassen und Balkonen anzubauen. So können sich die Menschen wenigstens zum Teil mit gesunden Lebensmitteln selbst versorgen. Das Saat- oder Pflanzgut wird von Canto Vivo **kostenlos** zur Verfügung gestellt.



CANTO VIVO · PLANTA MONTE · GÄRTEN DER SOLIDARITÄT · UMWELTGEWERKSCHAFT

Canto Vivo ist eine Umweltorganisation in Peru.

Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, die Anden mit einheimischen Bäumen wieder aufzuforsten. Das Besondere am Projekt „Planta Monte“ ist, dass Canto Vivo dabei die Bevölkerung vor Ort mit ins Boot nimmt, um die Pflege der Setzlinge nach dem Anbau

zu sichern. Besonders wichtig ist Canto Vivo auch, die Schulen vor Ort einzubinden. Schüler*Innen helfen beim Pflanzen und erhalten so Wissenswertes über die Umwelt. Zusätzlich dienen die Aufforstungsarbeiten auch dazu für Bauern eine Verdienstmöglichkeit z.B. über den Anbau von Pilzen im Schatten der Bäume zu schaffen. Mit Canto Vivo arbeitet die Umweltgewerkschaft

seit Jahren vertrauensvoll zusammen. Die Rettung der Andenwälder und des Amazonaswaldes muss auch unser Anliegen sein. Das erfordert die Kräfte zu stärken, die sich vor Ort dafür stark machen. Helft mit und werdet selbst aktiv! Umweltgewerkschaft

HOCHSCHULGRUPPE STUTTGART

Kontakt:

Umweltgewerkschaft-HG-Stuttgart@gmx.de

COP26 – Internationale Zusammenarbeit verstärken!

Die nächste Weltklimakonferenz (COP26) findet jetzt vom 1. bis 12. November in Glasgow statt. Weltklima-Aktionstag ist der 6. November. Angesichts eines weiter auf ein neues Rekordniveau steigenden CO₂-Wertes trotz 25 Klimakonferenzen, darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass dort einschneidende Maßnahmen zur Rettung des Weltklimas und der Umwelt beschlossen werden. Glasgow war ein Zentrum der Schwerindustrie und der Kämpfe der arbeitenden Bevölkerung um bessere Lebensbedingungen. Trotz Rückgang der Schwerindustrie spielt sie noch eine Rolle. Einige Werften stellten um auf den Bau von Bohrschiffen für die Förderung von Erdöl und Erdgas sowie die Entwicklung von Spezialschiffen. Inzwischen

gilt das Gebiet zwischen Glasgow und Edinburgh als das schottische Silicon Valley. Mit der Umstellung der fossilen Energiegewinnung auf regenerative Energien sind allein im März 2020 3.500 der 23.000 Arbeitsplätze in der Offshore Öl- und Gasgewinnung vernichtet



worden. Allein in Schottland gelten 38 Stadtgebiete als luftverschmutzte Zonen. Jedes Jahr versterben mehr als

2.500 Menschen an den Folgen. Insbesondere im Zusammenhang mit den Protesten der Fridays for Future-Bewegung und Aktivitäten der Friends of the Earth (entspricht unserem BUND) rückte die Auseinandersetzung um den prioritären Ausbau des ÖPNV und der Fahrradwege gegenüber dem Autoverkehr in den Vordergrund. Es gibt also viele Anknüpfungspunkte an die Arbeit der Umweltgewerkschaft um Ersatzarbeitsplätze, Arbeit und Umweltschutz und eine Wende im Verkehrswesen. Sicher eine spannende Sache für die Delegation der Umweltgewerkschaft und eine Möglichkeit, daran neue Beziehungen aufzubauen.

Afrika

Wem gehört der Fisch vor Afrika?

Jeder normale Mensch würde denken „Klar, den Küstenanrainern wie Mauretanien, Senegal, Gambia, Guinea Bissau usw.“ Aber weit gefehlt. Was früher war, ist heute nicht mehr so.

Der traditionelle Fischfang kann die Menschen in Gambia nicht mehr ernähren, seit internationale Konzerne das Gebiet vor der Küste des westafrikanischen Landes leer fischen.

Waren es bis vor wenigen Jahren noch hauptsächlich schwimmende Fischfabriken aus europäischen Ländern¹, kommen immer mehr chinesische Schiffe² dazu.

Chinesische Konzerne sind sogar dazu übergegangen, Fischmehl vor Ort zu produzieren. So produziert die Golden-Lead-Fischmehlfabrik 800.000 Kilo Fischmehl pro Tag in Gambia. Die chinesischen Trawler fischen vor der gambischen und senegalesischen Küste.

In der Zwischenzeit wurden mehr als fünfzig derartige Betriebe entlang der Küste von Mauretanien bis Guinea-Bissau gebaut und die weltweite Nachfrage nach ihrer Ware steigt. Es wird als Beimischung zu Futtermitteln genutzt, z.B. in der Fischzucht und in der Schweine- und Hühnerfütterung. Das Verfütern von Tiermehl an Rinder war wegen

der BSE-Krankheit in der EU zunächst verboten. Aufgrund der gestiegenen Preise für pflanzliche Futtermittel darf Fischmehl nach einem EU-Beschluss seit 2017 wieder in der Kälber- und Lämmeraufzucht eingesetzt werden.

Die Produktion von Fischmehl erfolgte früher überwiegend aus Abfällen, die nach dem Filetieren von Speisefischen übrig blieben. Dies hat sich in den letzten Jahren radikal geändert. Ein Zweig der Hochseefischerei ist entstanden, der bestimmte Fischarten ausschließlich zur Fischmehlgewinnung fängt. Dadurch werden diese Fische dem Ökosystem entzogen und die Ausrottung einzelner Fischarten droht.

Die Menschen in Gambia profitieren so gut wie nicht von den chinesischen oder europäischen Fischfängern und Fischmehlfabriken, im Gegenteil: Sie verlieren ihre Nahrungs- und Lebensgrundlage, ihr Einkommen – und ihre Natur.

Ansu Sanyang ist ein lokaler Fischer in Gambia: Weil er wenig Arbeit hatte und kaum etwas für seine Familie verdienen konnte, wollte der junge Mann versuchen, über Libyen in Richtung Europa zu migrieren – so wie viele Gambier.²



Ansu Sanyang, Fischer aus G

Welche konkreten Bedrohungen sehen Sie?

In Westafrika beginnt die Regenzeit gewöhnlich im Juni und endet im November, bedingt durch den Klimawandel werden die Stürme und der Wellengang heftiger. Es ist riskant für die Fischer mit den kleinen Pirogen, auch wenn sie eine Außenbordsteuerung haben, bei schlechtem Wetter weit aufs offene Meer zu fahren. Wenn die Wetterereignisse zu extrem sind, müssen sie an Land bleiben. Es ist viel zu gefährlich. Die Fangtage sind so deutlich geringer geworden als noch vor zwanzig Jahren. Kurz gesagt: Die Fangfahrten draußen auf dem Meer werden riskanter, die Fangmengen, die angelandet werden, weniger. In Gambia sind die Fischfänge in letzten Jahren um mindestens 40 % zurückgegangen. Manchmal brauchen die Fischer eine ganze Woche auf See und kehren mit weniger Fisch an Land zurück als früher. Betriebswirtschaftlich ist das alles ein Risiko, weil die Fischer weniger Einnahmen haben, aber größere Ausgaben und Kredite aufnehmen müssen. Der Mehraufwand für den Treibstoff der Fangschiffe, für Löhne und andere Kosten ist für die handwerkliche Fischerei erheblich und viele können sich ihn kaum leisten.

Bedeutet der Klimawandel eine reale Gefahr für die Ernährungssicherheit?

Wir haben in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen zusammen mit der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen durchgeführt. Die Studien besagen, dass der Rückgang der Fangmengen nicht nur die Fischerfamilien betrifft. Die ganze Bevölkerung ist betroffen. Das verminderte Angebot löst steigende Preise aus und für viele Menschen wird dann der ehemals günstige Fisch unerschwinglich teuer. Die Hälfte der Bevölkerung muss von einem Dollar oder weniger am Tag leben, und gerade für sie ist Fisch als Proteinquelle unverzichtbar. Außerdem verschafft der Fischerei-Sektor in Gambia schätzungsweise 200.000 Menschen direkt und indirekt Arbeit: Fischer, Fischverarbeiterinnen, Bootsbauer, Spediteure, Fischhändler. Auch

ES GIBT KEINE ZWEITE ERDE!

Widerstand gegen ihre mutwillige Zerstörung!

www.umweltgewerkschaft.org

Auswirkungen des Klimawandels auf die Kleinfischerei in Westafrika

Ein Gespräch mit Dawda F. Saine aus Gambia
mit Cornelia Wilß für Fair Oceans und Brot für die Welt, November 2020



hier wird es negative Auswirkungen geben. Diese Entwicklung betrifft im Übrigen nicht nur den Fischfang aus dem Meer. Auch der Fischfang im Deltagebiet des Gambia-Flusses droht weniger ertragreich zu werden. Grund dafür ist zum einen das Vordringen von Salzwasser in die bisherigen Brackwasserzonen. Verantwortlich dafür sind häufigere Überschwemmungen und der steigende Meeresspiegel. Zeitgleich trocknet der große Gambia-Fluss mehr und mehr aus, weil es weniger Niederschläge in seinem Einzugsgebiet gibt. Der Fluss ist einer der großen Ströme, die durch Westafrika fließen.

Mangroven säumen die tropischen Küsten der Welt. Die Bäume gedeihen dort am besten, wo die Lebensbedingungen für gewöhnliche Baumarten tödlich sind. Warum sind Mangroven für den Küstenschutz so wichtig?

Gesunde Mangrovenwälder sind für Westafrika und ganz Afrika von großer Bedeutung. Sie bilden eine wirksame Barriere gegen Flutwellen und Überschwemmungen und das Vordringen des salzigen Meereswassers. Wenn es zur Versalzung zum Beispiel der flachen küstennahen Grundwasserspeicher kommt, ist das saubere Trinkwasser auch in den urbanen Gebieten der Städte gefährdet. Mangroven schützen unsere Küsten und die Lebensräume der Menschen davor wie auch vor

einer Erosion der Küste und außerdem sind sie eine Nahrungsquelle.

Die Mangrovenwälder wurzeln am Übergang zwischen Land und Meer und sind den Gezeiten ausgesetzt. Sie werden regelmäßig von Salzwasser überschwemmt, sind aber in der Lage, durch ein besonderes Filtersystem, hohe Salzkonzentrationen zu verdünnen und verwandeln so Salzwasser in Süßwasser, das sie normalerweise nutzen können. In Gambia sind in jüngster Zeit dennoch Mangroven aufgrund eines extrem hohen Salzgehalts an den Flussufern, der durch Überschwemmungen aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels und durch lange Dürreperioden verursacht wird, stark geschädigt worden. Auch das ist eine Folge des Klimawandels und keine gute Nachricht, da das Ökosystem der Mangrovenwälder für den Küstenschutz, aber auch für das Überleben und die Fortpflanzung von Fischen wichtig ist.

Wir sind uns auch darüber bewusst, dass Mangrovenwälder beim Klimaschutz helfen. Sie sind hocheffiziente Kohlenstoffspeicher. Es gibt Studien, die besagen, dass im Durchschnitt über 1000 Tonnen Kohlenstoff pro Hektar Mangrovenwald gespeichert sind. Werden die Wälder zerstört, entweichen das CO₂ und auch andere Treibhausgase wie Methan und Stickstoff in die Atmosphäre. In den letzten

Jahren haben wir aus diesem Grund viel zur Wiederaufforstung der Wälder unternommen.

Was wird zum Schutz der Mangrovenwälder getan?

Wir haben verschiedene wirksame Programme entwickelt, um das Absterben der Mangrovenwälder aufzuhalten und haben neue Bäume gepflanzt, anstatt weitere Bäume abzuholzen. Die Pflege dieses komplexen Ökosystems setzt viel Wissen voraus. Man muss wissen, in welchen Gewässern eine bestimmte Pflanze gedeiht und einen vorsichtigen Umgang mit dem Wurzelwerk pflegen. In Gambia ernten meistens Frauen die Austern, die an den Mangrovenwurzeln haften. Dafür benutzen sie jetzt keine Macheten oder Äxte mehr, um die Wurzeln wie früher einfach abzuschlagen. Die Austern werden nun vorsichtig mit Messern von den Wurzeln gelöst. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie wir auch im Alltag die Mangrovenwälder vor weiterer Zerstörung versuchen zu schützen.

Was unternehmen die westafrikanischen Staaten gegen den Klimawandel und welche Forderungen stellt CAOPA im Hinblick auf Klimawandel und Fischereipolitik?

Den Klimawandel zu bekämpfen das ist eine riesige Herausforderung. Soweit es den afrikanischen Kontinent betrifft: Wir haben nicht das technische Knowhow, die wissenschaftliche Expertise oder die finanziellen Mittel, um wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, zum Beispiel um das Ansteigen des Meeresspiegels aufzuhalten. Wir versuchen, unsere Regierungen davon zu überzeugen, effektivere Maßnahmen zu ergreifen



und in Infrastruktur zum Schutz der Küstenorte zu investieren. Wir können nicht länger darauf warten, dass wir Unterstützung von außen bekommen. In gewisser Weise sind wir auch müde, immer davon abhängig zu sein, ob uns Geber unterstützen werden. Was machen wir, wenn keine Hilfe von außen kommt?



Chico Mendes

Ballade von Chico Mendes

Em

Vieh - zucht - bosse und Holz - ba - ro - ne in
ei - zucht ne Mil - lion Bäu - me am Tag ge

F

maß - lo - ser Gier nach Land -
schla - gen o - der ver - brannt -

Am

bah - nen sich wei - ter in den Wald
rau - ben den den Be - wohnern das Land

Am

gna - den - los ih - ren sie Weg,
rol - len ü - ber sie weg.

Refrain G C A

Chi - co Chi - co du lebst in je - dem
Chi - co Chi - co du lebst dort wo ein

D C D Em

Baum der noch steht wei - ter dei - nen Weg mit
Ar - bei - ter geht

C D Em C Am

an - dern mu - tig steht für das Le - ben

Text: Pit Bäuml

Liedermacher und Umweltgewerkschafter 2016

Musik: nach Fresh Game

Viehzuchtbosse / und Holzbarone
in maßloser Gier nach Land –
eine Million / Bäume am Tag
geschlagen oder verbrannt –
bahnen sich weiter in den Wald
gnadenlos ihren Weg,
rauben den Bewohnern das Land,
rollen über sie weg.

Chico weiß / als Kautschukzapfer:
da ist der Regenwald bedroht.

Chico versteht, / nur organisiert
behalten wir Arbeit und Brot:

„Kommt alle zusammen, wir stellen uns
den mächtigen Herrn in den Weg!

Als Gewerkschaft aller Waldarbeiter
gehen wir hier nicht mehr weg!“

Waldarbeiter / und Waldbewohner
verfassen ein Manifest
der Völker des Waldes – gemeinsam
erklären und stellen sie fest:

„Alles Leben baut auf den Kreislauf
von Seen und Wald und Fluss
gigantischer Kreislauf, und doch so zerbrechlich,
den man erhalten muss!“

Die Bewegung wächst / und Chico gründet
mit den Arbeitern eine Partei.

Sie wollen ihr Land / von Grund verändern,
die Umwelt schützen dabei.

Die Grundbesitzer rasen vor Wut –
und Chico trifft ein Schuss.

Die Welt schreit auf, als Echo bleibt
das Bild von Chico am Schluss:

(Refr.)

Chico, Chico,
du lebst in jedem Baum, der noch steht
Chico, Chico,
du lebst dort, wo ein Arbeiter geht
weiter deinen Weg,
mit andern mutig steht
für das Leben, für das Leben.

Den Song lernen

Ihr könnt das Lied auf der Webseite von Pit Bäuml anhören
oder herunterladen: www.pitsongbook.de/mp3.html

Wer noch Hilfe braucht, darf sich gern an Pit wenden: Telefon
07131/3 90 05 60. Möglich ist z.B. eine Karaoke-Version
(Begleitung zum Mitsingen) oder auch eine Videokonferenz
mit Erwachsenen und Kindern zum Einüben. Viel Erfolg.



Unvergessen!

Dieser Umweltkämpfer in
Brasilien trägt 2020 ein
T-Shirt mit Chico Mendes.

links: Demonstration
in Rio de Janeiro, 25.8.2019

Wer war Chico Mendes?

Chico Mendes wurde 1944 in Brasilien geboren, war Arbeiter und zapfte im Regenwald Kautschuk (natürlicher Gummi) aus den Bäumen. Er kämpfte viele Jahre lang mit seiner Waldarbeitergewerkschaft und den Waldbewohnern gegen die Abholzung des Regenwalds am Amazonas. Mit riesigen Maschinen wird der Wald gerodet. Die reichen Grundbesitzer verdienen Geld mit Holz und ihren Rinderherden. Sie haben Chico 1988 vor seinem Haus erschossen. Aber die Menschen dort kämpfen weiter.



Publikationen und Material für die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltgewerkschaft

Fahne mit Logo und Schriftzug: 5 €,
Spannflagge auf beiden Seiten lesbar ohne Standfuß 90 €,
T-Shirts weiß mit UG-grünem Logo,
hinten groß und vorne links klein, alle unisex,
in den Größen S, M, L, XL, XXL 10 €

Bezugsquelle:
Die Broschüren und das Material sind zu bestellen bei
post@ug-buero.de



Viele fortschrittliche Ideen und Technologien liegen seit Jahrzehnten brach. Die weltmarktbeherrschenden Energie- und Auto-konzerne dulden sie nur in winzigen Nischen neben der dominierenden Wegwerfproduktion. Ansätze eines

leistungsfähigen, sparsamen und umweltschonenden Transportwesens für Menschen und Güter sind aber längst vorhanden, wie das Szenario von Prof. Lutz zeigt.
Die Broschüre kostet 3,50 €



Müllverbrennung die chronische Volksvergiftung

Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryo-Recycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.

Preis: 5,- €



Das Programm der Umweltgewerkschaft als Broschüre

Preis: 2,- € Schutzgebühr



Umweltgewerkschaft e.V. gemeinnütziger Verein Mitgliedsantrag

Ortsgruppe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon Email

Geburtsdatum Beruf

(freiwillige Angabe)

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ab pro Monat Euro

Mindestbeitragsätze: Vollverdiener (ab 18 Jahre): 2,00 Euro; Sozialbeitrag: 1,00 Euro
Jugendliche (ab 16 Jahre): 1,00 Euro; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: 0,50 Euro
Freiwillige höhere Beitragszahlungen sind ausdrücklich erwünscht!

Zahlungsart: ☐ Ich zahle bar ☐ Ich überweise per Dauerauftrag
☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung
dann bitte nebenstehendes Formular ausfüllen →

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ quartalsweise

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Grundsätze und die Satzung der Umweltgewerkschaft an und erkläre mich mit der Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Datenschutzerklärung einverstanden.
Alle Daten werden streng vertraulich behandelt und NICHT an Dritte weitergegeben.

Ort, Datum, Unterschrift

SEPA Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die Umweltgewerkschaft e.V., die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Umweltgewerkschaft e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname (Kontoinhaber*in)

Mein Konto:

IBAN DE

bei der

BIC:

Hinweise: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Das SEPA-Lastschriftmandat wird erteilt für:
Umweltgewerkschaft e.V.,
Bremer Straße 42, 10551 Berlin
mit der Gläubiger-Identifikationsnummer
DE78 3330 0001 9667 92.

Die Mandatsreferenz ist identisch mit der UG-Mitgliedsnummer.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden an: Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin